



BEITRÄGE ZUR KOMMUNIKATIONSGESCHICHTE

*Herausgegeben von Bernd Söseman*

BAND 3



*Walter de Gruyter · Berlin · New York*  
*1994*

BURKHARD ASMUSS

REPUBLIK OHNE CHANCE?

*Akzeptanz und Legitimation  
der Weimarer Republik  
in der  
deutschen Tagespresse  
zwischen  
1918 und 1923*



*Walter de Gruyter · Berlin · New York*  
1994

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

**Asmuss, Burkhard:**

Republik ohne Chance? : Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923 / Burkhard Asmuss. – Berlin ; New York : de Gruyter, 1994

(Beiträge zur Kommunikationsgeschichte ; Bd. 3)

Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 1993

ISBN 3-11-014197-3

NE: GT

© Copyright 1994 by Walter de Gruyter & Co., D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Finspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Druck: WB-Druck, Rieden

Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer-GmbH, Berlin

## VORWORT

Auch die jüngste Geschichte scheint zu belegen, daß kein politisches System auf Dauer gegen den erklärten Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung und ohne die Unterstützung seiner Funktionsträger bestehen kann. Doch was veranlaßte die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und ihrer „Eliten“, der von Philipp Scheidemann proklamierten Republik so schnell den Rücken zu kehren und im politischen Extremismus, insbesondere im aggressiven Radikalismus der völkischen Rechten, eine Alternative zur parlamentarischen Demokratie zu sehen? Hoyerswerda, Rostock, Bielefeld, Mölln, Solingen, Lübeck oder Magdeburg sind die derzeit wohl bekanntesten Synonyme für ein Ideologiekonglomerat, das schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik erschreckend virulent war. Auch wenn am 9. November 1918 der Weg zum 30. Januar 1933 noch nicht vorgezeichnet war, so ermöglichte doch erst die in der deutschen Gesellschaft unübersehbare Ablehnung von Republik und Demokratie die Weichenstellung zur nationalsozialistischen Herrschaft.

Warum hat sich die parlamentarische Demokratie nach dem 9. November 1918 in Deutschland nicht etablieren können? Diese Frage bewegte mich im Anschluß an eine von Hans Mommsen geleitete Studienreise nach Polen, auf der die Teilnehmer mit den Resultaten der nach 1933 konsequent verfolgten Eroberungs- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reichs“ konfrontiert wurden. Daß ich den vorliegenden Beitrag zur Frage nach den Gründen für die starke Ablehnung von Republik und Demokratie in der deutschen Gesellschaft nach 1918 als Dissertation leisten konnte, verdanke ich Reinhard Rürup, der auch die Fertigstellung dieser Untersuchung mit jahrelanger Geduld und entsprechendem Verständnis begleitet hat. Bernd Söseemann danke ich für die großzügige Aufnahme der Arbeit in der von ihm herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Kommunikationsgeschichte“ sowie für seine Bereitschaft, einen ersten Entwurf dieser Arbeit kritisch zu kommentieren. Zu Dank verpflichtet bin ich dem Bundesarchiv Koblenz, dem Institut

für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, dem Kreisarchiv Husum, dem Landesarchiv Berlin, dem Archiv des Ullstein-Verlags, der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz sowie folgenden Einrichtungen der Freien Universität Berlin: der Universitäts-Bibliothek, der Bibliothek des Friedrich-Meinecke-Instituts, dem Zeitungsarchiv des Otto-Suhr-Instituts und der Bibliothek des Fachbereichs Kommunikationswissenschaften, denn ohne deren Bereitstellung von Quellen und Sekundärliteratur hätte die Arbeit in der vorliegenden Form nicht fertiggestellt werden können.

Von den Freunden und Kollegen, die zu dieser Arbeit beigetragen haben, möchte ich namentlich Hartmut Zückert für die ausführlichen Diskussionen von Konzeption und inhaltlicher Aussage, Claudia Frank für ihre Hilfe bei zahlreichen Recherchen und der Bewältigung vielfältiger Organisationsprobleme, Alfred Nützmann für das Korrekturlesen, Susanne Gieffers für ihren Einsatz bei der Recherche nach Namen für das Personenregister sowie Jürgen Michael Schulz für seinen Beitrag zur Erstellung der Satzvorlage danken. Einen Schlußstrich unter diese Arbeit zu ziehen, wäre mir vermutlich sehr viel schwerer gefallen, wenn nicht die Geburt von Jan Paul bevorgestanden hätte; ihm möchte ich diese Arbeit widmen.

*Berlin, Pfingsten 1994*

*Burkhard Asmuss*

## INHALT

VORWORT .....	V
VERZEICHNIS DER VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN .....	XVII

## EINLEITUNG

I. Zur Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik .....	1
II. Methodische Voraussetzungen	
1. Zeitungen als historische Quelle .....	18
2. Kritik und Desiderate .....	23
3. Die Auswahl politisch repräsentativer Zeitungen .....	29
III. Zur Durchführung der Untersuchung .....	33
IV. Die untersuchten Zeitungen, ihre Auflagenhöhe und Leserschaft	
1. <i>Der Völkische Beobachter</i> .....	39
2. <i>Die Münchner Neuesten Nachrichten</i> .....	43
3. <i>Der Berliner Lokal-Anzeiger</i> .....	46
4. <i>Die Berliner Zeitung am Mittag</i> .....	49
5. <i>Die Germania</i> .....	52
6. <i>Die Frankfurter Zeitung</i> .....	54
7. <i>Der Vorwärts</i> .....	60
8. <i>Die Rote Fahne</i> .....	63

## ERSTES KAPITEL

## Kriegsende und Revolution: Nationales Trauma

Einführung: „Erhebungsphase 1918“ .....	69
I. Der <i>Münchener Beobachter</i> .....	77
1. Der „ewige Feind“: Die Juden .....	78
2. „Die verdrängte Niederlage“ .....	81
II. Die <i>Münchner Neuesten Nachrichten</i> .....	85
1. Zur Revolution in München .....	86
2. Einverstanden mit der politischen Erneuerung .....	89
3. Ein Wermutstropfen: Trauer um die Wittelsbacher .....	90
III. Der <i>Berliner Lokal-Anzeiger</i> .....	91
1. Das Schreckgespenst des Bolschewismus .....	92
2. Die „Kaiserfrage“: Kritik an der Sozialdemokratie .....	93
IV. Die <i>BZ am Mittag</i> .....	97
1. Die Entente und der Waffenstillstand .....	98
2. Die „Kaiserfrage“ und der Umsturz .....	100
V. Die <i>Germania</i>	
1. Waffenstillstand und politische Umwälzung .....	102
2. Juden und Bolschewismus .....	106
3. Ein Blick in die Zukunft .....	108
VI. Die <i>Frankfurter Zeitung</i> .....	110
1. Die unvermeidliche Abdankung des Kaisers .....	111
2. Enttäuscht über die Waffenstillstandsbedingungen .....	113
3. Für eine „soziale Republik“ .....	115
VII. Der <i>Vorwärts</i>	
1. Indiskutabel: Die Bolschewisten .....	119

*Inhalt* IX

2. Überrascht von der Revolution? .....	121
3. Kaum beachtet: Der Waffenstillstand .....	123

VIII. *Die Rote Fahne*

1. Der 9. November: Facetten der Revolution .....	124
2. Das revolutionäre Profil der <i>Roten Fahne</i> .....	125

IX. „Erhebungsphase 1918“: Zusammenfassung

1. Das Ereignis: Der Waffenstillstand .....	131
2. Republik und Rechtsradikalismus .....	133
3. Antisemitismus und Judentum .....	135

ZWEITES KAPITEL

Der Versailler Vertrag: Erzwungene Unterzeichnung

Einführung: „Erhebungsphase 1919“ .....	139
-----------------------------------------	-----

I. *Der Münchener Beobachter* .....

1. Das politische Programm .....	145
2. Für „deutschen Sozialismus“, gegen „asiatische Sozialistenmache“ .....	147
3. Das „Vernichtungsurteil“ von Versailles .....	149
4. Werben für Antisemitismus .....	151

II. *Die Münchner Neuesten Nachrichten*

1. „Das mißratene Friedenswerk“ .....	154
2. Die Front der Ablehnung .....	156
3. Gegen Streiks und Räte, für Ruhe und Ordnung .....	158
4. Antisemitismus in Bayern und die „israelitischen Lehrer“ .....	160

III. *Der Berliner Lokal-Anzeiger*

1. Gegen den Vertrag — für „deutsche Ehre“ .....	161
2. Ein „Hoffungsstrahl“: Scapa Flow .....	165
3. Antisemitismus .....	166

IV. *Die BZ am Mittag* .....

1. „Die Ratlosen von Weimar“ .....	169
2. Die Judenpogrome in Osteuropa .....	172
V. Die <i>Germania</i>	
1. Das kleinere Übel: Unterzeichnung .....	174
2. Linke Putschabsichten — rechtes Unverständnis .....	177
3. Kulturpolitik und Antisemitismus .....	180
VI. Die <i>Frankfurter Zeitung</i>	
1. Die erzwungene Unterschrift .....	182
2. „Die Agitation der Reaktionäre“ .....	184
3. Konterrevolution und Aufstandsversuche .....	186
VII. Der <i>Vorwärts</i>	
1. Kampf „gegen diesen Frieden“ .....	190
2. Für Demokratie und Gerechtigkeit .....	194
3. Der „Jude“ Kurt Eisner .....	196
VIII. Die <i>Rote Fahne</i> .....	
Positionen der KPD .....	199
IX. „Erhebungsphase 1919“: Zusammenfassung .....	
1. Das Ereignis: Der Versailler Vertrag .....	202
2. Republik und Rechtsradikalismus .....	204
3. Antisemitismus und Judentum .....	206

### DRITTES KAPITEL

#### Der Putsch vom März 1920: Gescheiterte Wende?

Einführung: „Erhebungsphase 1920“ .....	211
I. Der <i>Völkische Beobachter</i> .....	
1. „War Jesus ein Jude?“ .....	222
2. Gegen die Bevorzugung von Juden .....	223

3. Der langersehnte Putsch .....	227
II. Die <i>Münchner Neuesten Nachrichten</i> .....	231
1. Alltäglicher Antisemitismus .....	232
2. Der Putsch gegen Republik und Demokratie .....	235
3. Rückblick auf das „reaktionäre Abenteuer“ .....	237
III. Der <i>Berliner Lokal-Anzeiger</i> .....	240
1. „Lästige Ausländer“ ins „Konzentrationslager“ .....	241
2. Zwei Welten: Erzberger und Hindenburg .....	244
3. Der Putsch — kaum verdeckte Sympathien .....	247
4. Die Reaktion auf den gescheiterten Putsch .....	248
IV. Die <i>BZ am Mittag</i> .....	250
1. Außenpolitisches Feindbild: Die Polen .....	251
2. „Präsident Hindenburg?“ .....	252
3. Der Putsch und seine Folgen .....	253
V. Die <i>Germania</i> .....	255
1. Neuwahlen und der Kandidat Hindenburg .....	256
2. Der rechtsradikale Putsch .....	257
3. Aufstände im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen .....	261
VI. Die <i>Frankfurter Zeitung</i> .....	263
1. Wirtschaftliches Elend und soziale Not .....	264
2. Gegen die Kandidatur Hindenburgs .....	265
3. Kritisch betrachtet: Erzberger .....	267
4. Der „verbrecherische Überfall“ auf die Republik .....	268
VII. Der <i>Vorwärts</i>	
1. „Der Hindenburgrummel“ .....	275
2. „Gegen die Radaupatrioten“ .....	278
3. Mit dem Generalstreik zu Tode gesiegt? .....	280

VIII. <i>Die Rote Fahne</i> .....	286
1. Sirenenklänge .....	287
2. Hindenburg: Kandidat der Reaktion .....	288
3. Politik ohne Perspektive: Die „Scheidemänner“ .....	290
4. Antisemitismus ist kein Thema .....	292
IX. „Erhebungsphase 1920“: Zusammenfassung	
1. Das Ereignis: Der Putsch vom März 1920 .....	294
2. Republik und Rechtsradikalismus .....	297
3. Antisemitismus und Judentum .....	299

#### VIERTES KAPITEL

##### Matthias Erzberger: Opfer nationalistischer Hetze

Einführung: „Erhebungsphase 1921“ .....	305
I. <i>Der Völkische Beobachter</i>	
1. Die „Lösung der Judenfrage“ .....	312
2. Der „Zentrumsjude“ Erzberger .....	316
3. Die Ermordung Erzbergers .....	319
II. <i>Die Münchner Neuesten Nachrichten</i> .....	324
1. Das Trio Eisner, Harden, Erzberger .....	325
2. Trotz des Mordes: Kritik an Erzberger .....	328
III. <i>Der Berliner Lokal-Anzeiger</i>	
1. Ungebrochener Monarchismus .....	332
2. Die Agitation nach dem Mord .....	334
IV. <i>Die BZ am Mittag</i> .....	338
1. Kritik an der Steuerpolitik .....	339
2. Der Mord .....	339

V. Die *Germania*

1. „Katholikenhetze“ und die „ostjüdische Gefahr“ ..... 342  
 2. Kritik an „bayerischen Verhältnissen“ ..... 346

VI. Die *Frankfurter Zeitung*

1. Für die Politik der Reichsregierung ..... 349  
 2. Gegen „nationalistische Hetze“ ..... 352

VII. Der *Vorwärts*

1. Gegen „rechtsbolschewistische Hetze“ ..... 354  
 2. Leichtfertiger Umgang mit Antisemitismus? ..... 358

VIII. Die *Rote Fahne*

1. Der Marxismus als „neuer Golem“ ..... 362  
 2. Der Mord und das schwierige Verhältnis zur SPD ..... 365

## IX. „Erhebungsphase 1921“: Zusammenfassung

1. Das Ereignis: Die Ermordung Erzbergers ..... 369  
 2. Republik und Rechtsradikalismus ..... 372  
 3. Antisemitismus und Judentum ..... 374

## FÜNFTES KAPITEL

## Die Ermordung Rathenaus: Anschlag auf die Republik

- Einführung: „Erhebungsphase 1922“ ..... 379
- I. Der *Völkische Beobachter* ..... 384
1. Gegen das „verjudete Berlin“ ..... 385  
 2. Die Reaktion auf den Mord ..... 388  
 3. Trotz Republikerschutz: Ungehemmte Hetze ..... 392
- II. Die *Münchener Neuesten Nachrichten* ..... 395
1. Gegen Sozialisten ..... 396

2. Der „Jude“ Walther Rathenau .....	398
3. Gegen die Republikschutzverordnung .....	399
4. Die „guten“ und die „schlechten“ Juden .....	402
III. Der <i>Berliner Lokal-Anzeiger</i> .....	405
1. Gegen die „Linken“ und Trauer um Wolfgang Kapp .....	406
2. Die Einstellung zum Judentum .....	407
3. Walther Rathenau — ein ungewohntes Bild des <i>Lokal-Anzeigers</i> .....	409
IV. Die <i>BZ am Mittag</i>	
Lethargie und Resignation? .....	412
V. Die <i>Germania</i>	
1. Die Kassandrarufe der Freiheit .....	415
2. Der „gesunde Inhalt des völkischen Gedankens“ .....	416
3. Wachgerüttelt durch den Mord? .....	419
4. Der tabuisierte Antisemitismus .....	422
VI. Die <i>Frankfurter Zeitung</i>	
1. Die Jugend und der „nationale Aspekt“ .....	426
2. Bestürzt über den Mord .....	428
VII. Der <i>Vorwärts</i>	
1. Nationalistische Hetze und Antisemitismus .....	432
2. Gesteigertes Engagement nach dem Mord .....	436
VIII. Die <i>Rote Fahne</i>	
1. Gegen Reaktion und „Orgesch“ .....	439
2. Die Haltung zum Antisemitismus .....	441
3. Vor dem Sturm der Reaktion? .....	443
IX. „Erhebungsphase 1922“: Zusammenfassung	
1. Das Ereignis: Die Ermordung Rathenaus .....	446
2. Republik und Rechtsradikalismus .....	448
3. Antisemitismus und Judentum .....	449

## SECHSTES KAPITEL

## Der „Hitler-Putsch“: Ungezügelter Aktivismus?

Einführung: „Erhebungsphase 1923“ .....	453
I. Der <i>Völkische Beobachter</i> .....	463
1. Aufmarsch der Rechtsopposition .....	464
2. „Auflösungserscheinungen im ganzen Reiche“ .....	470
3. Die Krawalle im Berliner Scheunenviertel .....	472
4. Der Schlag gegen die „Novemberverbrecher“ .....	473
II. Die <i>Münchener Neuesten Nachrichten</i> .....	475
1. Das Ende der Großen Koalition .....	476
2. Antisemitismus und Lebensmittelkrawalle .....	477
3. Der Putsch: Für Kahr – gegen Hitler .....	478
4. Die unerwartete Akzeptanz des Putsches .....	481
5. Der gemeinsame Feind: Die Kommunisten .....	486
III. Der <i>Berliner Lokal-Anzeiger</i>	
1. Die politische Welt des Lokal-Anzeigers .....	488
2. Hungerkrawalle, Plünderungen und Antisemitismus .....	490
3. Die Reaktion auf den „Hitler-Putsch“ .....	493
IV. Die <i>BZ am Mittag</i>	
1. Bayern und das Reich .....	495
2. Ausschreitungen und Plünderungen in Berlin .....	497
3. Der „Hitler-Putsch“ .....	498
V. Die <i>Germania</i>	
1. Die Reichs- und Regierungskrise .....	500
2. „Der Rummel im Bürgerbräu“ .....	503
3. Nachwirkungen: „Katholikenhetze“ und Antisemitismus .....	504
VI. Die <i>Frankfurter Zeitung</i>	
1. Reichsexekution und Regierungskrise .....	510

2. Von der Kabinetts- zur Reichskrise .....	512
3. Die Phalanx der Rechten .....	513
4. Der Putsch Hitlers .....	517
5. Alltäglicher Antisemitismus .....	519

## VII. Der *Vorwärts*

1. Der Bruch der Großen Koalition .....	524
2. Hakenkreuzler und Hitlerbanden .....	525
3. Der Putsch .....	527
4. Judenfeindschaft und Plünderungen .....	531

## VIII. *Die Rote Fahne* .....

1. „Ernährungsabotage der Großagrarien“ .....	536
2. Die Mobilisierung der Massen .....	539

## IX. „Erhebungsphase 1923“: Zusammenfassung .....

1. Das Ereignis: Der „Hitler-Putsch“ .....	544
2. Republik und Rechtsradikalismus .....	547
3. Antisemitismus und Judentum .....	549

## ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSBETRACHTUNG

### I. Auf dem Weg zur Macht: Der „schleichende Putsch“ .....

### II. Zur „Attraktivität“ der „völkischen Weltanschauung“ .....

### III. Weimar: Republik ohne Chance .....

### QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS .....

### PERSONENREGISTER .....

### SACHREGISTER .....

## ABKÜRZUNGEN

Abg.	=	Abgeordneter/Abgeordnete
ADGB	=	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	=	Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände
Anm.	=	Anmerkung/Fußnote
Aufl.	=	Auflage
BAK	=	Bundesarchiv Koblenz
Bd.	=	Band
Bde.	=	Bände
BVP	=	Bayerische Volkspartei
DAP	=	Deutsche Arbeiterpartei
DBB	=	Deutscher Beamtenbund
DDP	=	Deutsche Demokratische Partei
DNB	=	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	=	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	=	Dokument
DSP	=	Deutschsozialistische Partei
DVP	=	Deutsche Volkspartei
EKKI	=	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
fol.	=	Blatt
GG	=	Geschichte und Gesellschaft
GWU	=	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
Hg.	=	Herausgeber/herausgegeben
HZ	=	Historische Zeitschrift
Jg.	=	Jahrgang
KPD	=	Kommunistische Partei Deutschlands
MdR	=	Mitglied des Reichstags
Nachdr.	=	Nachdruck
No.	=	Number/Nummer
NS	=	Nationalsozialismus, nationalsozialistische
o.J.	=	ohne Jahresangabe

o.O.	=	ohne Ortsangabe
OHL	=	Oberste Heeresleitung
RGBL	=	Reichsgesetzblatt
RPK	=	Reichspressekonferenz
SA	=	Sturmabteilung
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TU	=	Telegraphen-Union
USPD	=	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	=	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
ZV und ZV	=	Zeitungsverlag und Zeitschriftenverlag

FÜR JAN PAUL



## EINLEITUNG

### I

#### Zur Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik

Alle nach dem Ersten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa errichteten Demokratien wurden fast ausnahmslos innerhalb weniger Jahre durch restaurative, autoritäre oder totalitäre Regierungen ersetzt. Wenn die Fachwissenschaft sich bei der Erforschung des Übergangs demokratisch verfaßter Gesellschaften in diktatorische Systeme dennoch vorrangig mit der Weimarer Republik befaßte, so weniger, weil Deutschland auch nach „Versailles“ die in Mitteleuropa wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell wohl bedeutendste Kraft war, sondern vielmehr, weil das, was dem Zusammenbruch der Weimarer Republik folgte, ohne Parallele ist: die nationalsozialistische Herrschaft mit der „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ und einem in dieser Dimension bisher nicht vorstellbaren Völkermord<sup>1</sup>. Aus dieser Verknüpfung erhält die Frage nach den Gründen für das Scheitern der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland ihr spezifisches Gewicht<sup>2</sup>.

Die Frage „nach den entscheidenden Voraussetzungen und Ermöglichungsfaktoren der nationalsozialistischen Machtergreifung“

<sup>1</sup> Vgl. Ian Kershaw (Hg.): *Weimar: Why Did German Democracy Fail?* London 1990, S. 1f.

<sup>2</sup> Diesen Sachverhalt hat Karl Dietrich Erdmann auf den Begriff gebracht: „Alle Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik steht mit Notwendigkeit — ausgesprochen oder unausgesprochen — unter der Frage nach den Ursachen ihres Zusammenbruchs“ (Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: *VfZ* 3 [1955], S. 1—19 [hier S. 5]). Gegenüber diesem häufig zitierten Diktum Erdmanns plädiert Heinrich August Winkler: *Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/1919. Ein Rückblick nach sechzig Jahren.* Berlin 1979, S. 72 dafür, zumindest die Geschichte der Revolution von 1918/1919 nicht mehr ausschließlich unter der „Perspektive des Jahres 1933“ zu betrachten, sondern ihre positiven Aspekte — wie etwa den Sturz der Monarchie — stärker zu akzentuieren.

stand auch im Zentrum der seit Mitte der fünfziger Jahre in Westdeutschland massiv einsetzenden Forschung zur Weimarer Republik<sup>3</sup>. Aber obwohl „in Tausenden von Büchern und Artikeln [...] zu beschreiben und zu erklären gesucht [wurde], wie es möglich war“, daß die deutsche Bevölkerung sich 1933 „scheinbar aus eigenem Willen [...] der zerstörerischen Gewaltherrschaft einer Gruppe machthungriger Fanatiker ausgeliefert hat, deren 'Führer' Jahre zuvor schon seine radikalen und nihilistischen Ziele mit aller Offenheit dargelegt und über den totalitären Charakter seiner künftigen Herrschaft wenig Zweifel gelassen hatte“, ist die nach Karl Dietrich Bracher „zentrale Frage“ der deutschen Geschichte noch immer nicht beantwortet: „Wie kommt es in einem parlamentarischen Rechts- und Verfassungsstaat zur Errichtung einer totalitären Diktatur?“<sup>4</sup> Seit Veröffentlichung von Brachers strukturgegeschichtlicher Analyse zur „Auflösung der Weimarer Republik“<sup>5</sup> gilt zwar als gesichert, daß im Umfeld des Reichspräsidenten schon beim Sturz der Regierung Müller (März 1930) keine ernsthafte Absicht mehr bestand, eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden, doch trotz der Instrumentalisierung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung zu einer „Notstands-“ oder „Ersatzverfassung“ und des dadurch quasi legalisierten Übergangs zu den Präsidialkabinetten sei, so die von Bracher auch später immer wiederholte Aussage, die Übergabe der Re-

<sup>3</sup> Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte. Bd. 16). München 1984, S. 147. Zum Forschungsstand vgl. die ausführliche Zusammenfassung von Kolb: „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ (ebd., S. 143–216) sowie Dieter Gessner: Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung (Erträge der Forschung, Bd. 97). Darmstadt 1978. Einen Einblick in Forschungskontroversen vermittelt der Protokollband: Martin Broszat et al. (Hgg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll. Berlin o.J. [1983]. Ein fortlaufendes Verzeichnis der Neuerscheinungen findet sich in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte (VfZ).

<sup>4</sup> Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Republik. Gründe und Fragen. In: Gerhard Schulz (Hg.): Ploetz. Weimarer Republik. Eine Nation im Umbruch. Freiburg 1987, S. 123–138 (hier S. 123f.).

<sup>5</sup> Ders.: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Villingen 1955 (2. Nachdr. der 6. Aufl., Düsseldorf 1984).

gierungsgewalt an den Nationalsozialismus bis in den Januar 1933 keinesfalls unausweichlich gewesen<sup>6</sup>.

Von dem seit 1930 beschleunigten Verfall von Republik und Demokratie ausgehend, entzündete sich an der von Arthur Rosenberg bereits 1935 getroffenen Feststellung, mit der Revolution von 1918/19 hätte durchaus „eine volkstümliche aktive Demokratie“ begründet werden können<sup>7</sup>, eine Kontroverse über das „Demokratisierungspotential“ der jungen Republik. Die insbesondere von Karl Dietrich Erdmann vertretene Ansicht, die politisch Verantwortlichen hätten im November 1918 ohne jeglichen Handlungsspielraum vor der „schicksalhaften“ Entscheidung „Rätestaat oder parlamentarische Demokratie?“ gestanden<sup>8</sup>, es sei „bei der Frage Nationalversammlung oder Räteherrschaft um die Alter-

<sup>6</sup> Vgl. etwa Brachers Beitrag als Diskussionsleiter auf der Konferenz im Berliner Reichstag zur nationalsozialistischen Machtübernahme. In: Martin Broszat et al. (Hgg.): *Deutschlands Weg in die Diktatur*, S. 117–123 (hier S. 118) sowie ders.: *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert*. Berlin 1981, S. 70ff. Für sich genommen, können die aus dem Artikel 48 abgeleiteten präsidentialen Befugnisse für das Scheitern der Republik nicht verantwortlich gemacht werden, wie die unterschiedliche Handhabung des Artikels 48 durch Ebert und Hindenburg zeigt. Dazu Otto Kirchheimer: *Artikel 48 und die Verwandlung des Verfassungssystems*. Auch ein Beitrag zum Verfassungstag. In: Ders.: *Von der Weimarer Republik zum Faschismus. Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung*. Frankfurt am Main 1976, S. 91–95 (hier S. 94f.) (ursprünglich erschienen in: *Der Klassenkampf* 9 [1930], S. 456–458): Bis zum Sturz der Regierung Müller erfolgte die Anwendung des Artikels 48 nur „im Bereich jener Reihe offener oder stillschweigender Kompromisse zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum“. Unter Brüning jedoch „identifizierte sich die Regierung, unabhängig vom Parlament und gleichgültig gegen dessen Mehrheitsbeschlüsse, mit den besitzenden Bürgerschichten. [...] Die Demokratie des Kompromisses hat[te] sich in die Demokratie der feindlichen Heerlager verwandelt“ (zur Aufkündigung dieses „Basiskompromisses“ vgl. Gotthard Jasper: *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*. Frankfurt am Main 1986, S. 17ff.).

<sup>7</sup> Arthur Rosenberg: *Geschichte der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main 1978, S. 64 (ursprünglich erschienen als: *Die Geschichte der Deutschen Republik*. Karlsbad 1935).

<sup>8</sup> Überschrift zum einleitenden Kapitel der Darstellung von Karl Dietrich Erdmann: *Die Weimarer Republik* (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 19). München 1986, S. 28, erstmals 1959 so im „Gebhardt“ formuliert.

native Demokratie oder Diktatur“ gegangen<sup>9</sup>, mußte revidiert werden, als eine auf breiter Quellengrundlage basierende Forschung das „Demokratisierungspotential“ der Arbeiter- und Soldatenräte auslotete<sup>10</sup> und zu dem Ergebnis kam, daß die Räte in ihrer Mehrzahl nicht „sozialistisch, sondern [...] entschieden demokratisch eingestellt [waren]. [...] Nicht die klassenlose Gesellschaft war ihr Ziel, sondern eine parlamentarische Demokratie, die frei sein sollte von allen Elementen des Obrigkeitsstaates“<sup>11</sup>. Doch das mit der Revolution von 1918/19 freigesetzte demokratische Potential wurde durch „die vom äußersten linken Flügel der Arbeiterbewegung praktizierte Revolutionsstrategie“ sowie durch das Bündnis der (M)SPD mit den traditionellen Eliten zunichte gemacht<sup>12</sup>: Schon Mitte 1919 lag „die reale Macht in Deutschland bei

<sup>9</sup> Erdmann: Weimarer Republik, S. 31. Diese Auffassung war über Jahre die „nahezu allgemein akzeptierte Revolutionsinterpretation“ und „basierte im Kern auf der bereits in [...] der Weimarer Republik entwickelten liberal-demokratischen Revolutionsdeutung, die sich vor 1933 auch die Sozialdemokraten weitgehend zu eigen gemacht hatten“ (Kolb: Weimarer Republik, S. 149 sowie S. 153). Waren die Weimarer Koalitionsparteien nach der Revolution von 1918/19 von der „vaterländischen Opposition“ stets als „Novemberverschörer“ diffamiert worden, so beinhaltete die von Erdmann formulierte Revolutionsdeutung eine entschiedene Zurückweisung dieser Propaganda-Formel und entsprach dem (neugefundenen) Grundkonsens der bundesrepublikanischen Parteien (CDU/CSU, FDP und SPD), die sich so in einer positiven Kontinuität der Weimarer Koalitionsparteien sehen konnten und — wie jene — in scharfer Konfrontation zum Kommunismus standen.

<sup>10</sup> Vgl. Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. Wiesbaden 1968.

<sup>11</sup> Ebd., S. 22. Die „Räte-Bewegung“ radikalisierte sich erst nach den „Januar-Kämpfen“ 1919, als deutlich war, daß die (M)SPD-Führung auf „eine dauerhafte Loyalität der alten Machteliten“ baute und grundsätzliches Mißtrauen gegenüber „einer spontanen Massenbewegung“ hegte, selbst wenn diese „von den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie getragen wurde und sich in ihren politischen Forderungen innerhalb des Spektrums sozialdemokratischer Programmatik bewegte“ (Kolb: Weimarer Republik, S. 159). Kritiker dieser „revisionistischen Revolutionsinterpretation“ (wie etwa Wolfgang J. Mommsen: Die deutsche Revolution 1918–1920. In: GG 4 [1978], S. 362–391, besonders S. 373) bezweifeln vor allem das „demokratische Potential“ der Arbeiter- und Soldatenräte, weniger den nicht ausgeschöpften Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Führung. Ausführlicher dazu: Reinhard Rürup: Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion. In: GG 9 (1983), S. 278–301.

<sup>12</sup> Kolb: Weimarer Republik, S. 149.

den Freikorps und nicht bei der Nationalversammlung<sup>13</sup>. Von der 1918/19 „steckengebliebenen“ Revolution läßt sich der 30. Januar 1933 zwar „nicht gradlinig [...] ableiten, aber es ist auch nicht zu übersehen, daß zu den Voraussetzungen des Aufstiegs des Nationalsozialismus [...] auch die inneren Schwächen der demokratischen Republik gehören, die in erster Linie aus ihrer Entstehungsgeschichte [...] resultierten. [...] Der Nationalsozialismus [...] hat Freiräume für seine Entfaltung gefunden, die eine stabil fundierte Demokratie ihm nicht hätte einräumen müssen“<sup>14</sup>.

Die Forschung tendiert zwar schon seit längerem dazu, „multikausale Erklärungen“ für das Scheitern der Republik herauszuarbeiten<sup>15</sup>, doch trotz der Fülle vorliegender Spezialstudien scheint ein historisch bedeutsamer Faktor noch immer nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit erlangt zu haben: der Mensch als handelndes Individuum, der Zeitgenosse, der die Masse der gut 60 Millionen Deutschen während der Weimarer Republik bildete<sup>16</sup>. Aber erst wenn der „Faktor Mensch“ mit seinen Handlungen und Unterlassungen, mit seinen Mentalitätsstrukturen, seinen Aggressionen und Regressionen, mit seinen Wünschen, Sorgen und Ängsten in sein gesellschaftliches Bezugssystem eingeordnet werden kann, verfügt die historische Forschung über jene Kenntnisse,

<sup>13</sup> Rosenberg: *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 64.

<sup>14</sup> Rürup: *Demokratische Revolution und „dritter Weg“*, S. 287.

<sup>15</sup> Repräsentative Überblicke neuerer Forschungsschwerpunkte finden sich u.a. bei Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze (Hgg.): *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute*. Düsseldorf 1980; bei Michael Stürmer (Hg.): *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*. 2., erw. Aufl. Königstein 1985 sowie bei Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hgg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Düsseldorf 1987. Vgl. außerdem Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hgg.): *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*. Düsseldorf 1960.

<sup>16</sup> Ähnlich äußerte sich Fritz Stern, als er 1983 auf der Internationalen Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme feststellte, die wissenschaftliche Diskussion habe „eigentlich fast nichts ausgelassen, außer den wirklichen Menschen, die damals gelebt haben“ (*Deutschlands Weg in die Diktatur*, S. 141). Auch Detlev J. K. Peukert: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*. Frankfurt am Main 1987, S. 91 meint, „Ausgangspunkt jeder Gesellschaftsgeschichte sollten die lebendigen Menschen sein“.

die sie für eine multikausale Erklärung so komplexer Prozesse wie das Scheitern der Weimarer Republik benötigt<sup>17</sup>.

So unbestritten Hitler nicht durch ein Mehrheitsvotum der Wähler für die NSDAP an die Regierungsmacht gelangt ist, so unbestritten ist auch, daß das Wahlverhalten der deutschen Bevölkerung ihm die „legale“ Regierungsübernahme ermöglicht hat: Hätte — rein hypothetisch — die Mehrheit der Bevölkerung bei den Reichstagswahlen für die Parteien der Weimarer Koalition gestimmt, wäre der 30. Januar 1933 so nicht möglich gewesen. Stattdessen hat aber die Bevölkerung mit ihrem Votum gegen die Koalitionsparteien seit der ersten Reichstagswahl vom Juni 1920 und mit ihrem Votum für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1925 zwei Faktoren ins politische Spiel gebracht, die für die Weichenstellung zum 30. Januar 1933 mitentscheidend waren<sup>18</sup>. Da das Wahlverhalten der Bevölkerung nicht unwesentlich zum Scheitern der

<sup>17</sup> Ansätze zur Erklärung der „psychologische[n] Voraussetzungen [...] des nationalsozialistischen Triumphes“ sah Stern (Deutschlands Weg in die Diktatur, S. 142) u.a. in den Untersuchungen von Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1986 (ursprünglich erschienen als: Die politischen Parteien in Deutschland. Berlin 1932) und von Franz Neumann: Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism. London 1942. Ohne Vollständigkeit anzustreben, ließen sich den von Stern genannten Werken hinzufügen: Wilhelm Reich: Die Massenpsychologie des Faschismus. Köln 1971; Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion. (Nachdruck) Frankfurt/Main 1967; David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Köln 1968; George L. Mosse: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von dem Napoleonischen Krieg bis zum Dritten Reich. Frankfurt/Main 1975; ders.: Ein Volk. Ein Reich. Ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus. Königstein 1979 sowie — mit Einschränkungen — Hans Jochen Gamm: Der braune Kult. Das Dritte Reich und seine Ersatzreligion. Hamburg 1962 und Karlheinz Schmeer: Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich. München 1956 (einschlägige Literatur zu den „psychologischen Voraussetzungen“ des nationalsozialistischen „Erfolgs“ auch in diesem Kapitel weiter unten).

<sup>18</sup> In Anspielung auf den Titel der von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze herausgegebenen „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ meint Heinrich August Winkler: Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte. München 1991, „kein Vorgang in der Geschichte Weimars vor 1930“ könne „rückblickend mit so großem Recht als 'Selbstpreisgabe einer Demokratie' bezeichnet werden wie die Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls in das höchste Staatsamt im April 1925“ (S. 16).

Weimarer Republik beitrug, stellt sich die Frage, was die Menschen veranlaßte, den Parteien der Weimarer Koalition den Rücken zu kehren und sich den „extremen Flügelparteien“, vor allem aber der NSDAP zuzuwenden.

Die zur Charakterisierung des nationalsozialistischen, aber auch des kommunistischen Wählerpotentials allgemein akzeptierte Aussage, „viele Menschen aus allen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere aus dem Mittelstand und der Jugend, waren politisch desorientiert, sozial desintegriert und durch wirtschaftliche Not verunsichert. Sie suchten nach Schuldigen und Rettern“<sup>19</sup>, ist faktisch sicher richtig, löst aber dennoch einige Bedenken aus, die sich insbesondere auf die Bezeichnung „politisch desorientiert“ beziehen und hier nur kurz angesprochen werden sollen:

- Diese Kategorisierung suggeriert, es gäbe normative Bestimmungsfaktoren, die nicht expliziert werden müßten und aus denen abgeleitet werden könnte, welches Wahlverhalten als „desorientiert“ bzw. als „normal“ zu klassifizieren wäre. Da jedoch jeder Wähler ein eigenes normatives Wertesystem hat, von dem auch seine für ihn durchaus „rationale“ Wahlentscheidung abhängt, muß zunächst dieses Wertesystem mit seinen gesellschaftlichen Bezügen freigelegt werden, bevor eine normative Bewertung durch den Historiker erfolgen kann. Andernfalls müßte der Historiker als „rückwärts gewandter Prophet“ nicht nur die BVP-Anhänger, die 1925 für Hindenburg votierten, als „politisch desorientiert“ qualifizieren, sondern auch die DNVP-Anhänger und vermutlich auch die Wähler, die nach der Verschmelzung von DDP und Jungdeutschem Orden für die Deutsche Staatspartei stimmten. Kurz, für welche Partei hätte ein Wähler am 31. Juli 1932, unmittelbar nach dem „Altonaer Blutsonntag“ und dem „Preußenschlag“ Papens, überhaupt stimmen können oder müssen, um nicht als politisch desorientiert“ zu gelten?<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Hier zitiert nach Kolb: *Weimarer Republik*, S. 111.

<sup>20</sup> Angesichts der Tatsache, daß sich alle 1918/19 in Mittel- und Osteuropa errichteten Demokratien nicht behaupten konnten, ist zu fragen, ob nicht gerade jene Wähler, die der Weimarer Republik den Rücken kehrten, dem (mittel- und osteuropäischen) „Normalfall“ entsprachen — womit sich die Vorstellung eines „deutschen Sonderweges“ nur noch im Vergleich zu den westeuropäischen Demokratien aufrecht erhalten ließe. Vgl. hierzu auch Ernst Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*.

— Wenn bei den „Juli-Wahlen“ 1932 mehr als die Hälfte aller Wähler für strikt antidemokratische Parteien votierte (37,3 Prozent für die NSDAP und 14,3 Prozent für die KPD) und sich der „republiktreue“ oder „demokratische“ Stimmenanteil unter Berücksichtigung der Ergebnisse anderer republikfeindlicher Parteien — wie etwa der DNVP — auf sogar nur noch gut 30 Prozent reduziert, dann ist diese, ursprünglich zur Beschreibung einer Abweichung vom „Regelfall“ eingeführte Kategorie nicht nur unversehens zum Charakteristikum des „Regelfalls“ geworden — und somit zur Erklärung historischer Prozesse wenig aussagekräftig<sup>21</sup>, sondern es scheint auch, als sei selbst die Forschung nicht immer frei von sublimen Wertungen, wenn es um die Darstellung des Nationalsozialismus geht.

Auch wenn jede Geschichtsbetrachtung durch ein nicht expliziertes — und möglicherweise auch gar nicht immer bis ins letzte explizierbares — Wertesystem geprägt ist<sup>22</sup>, so gibt es doch gängige Formulie-

Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. München 1963, S. 23ff. sowie die inzwischen kaum noch überschaubare Literatur zum „Historikerstreit“.

<sup>21</sup> Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. München 1991 gelangt zu dem Ergebnis, daß die NSDAP zwischen 1928 und 1933 „stärker als jede andere große Partei jener Jahre — von ihrer Wählerbasis her gesehen eine Art 'Volkspartei des Protestes'“ repräsentierte (S. 13), und Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918—1933 (Propyläen-Geschichte Deutschlands. Bd. 8). Frankfurt am Main 1989 nennt die NSDAP „eine Art negative Volkspartei“ (S. 9). In beiden Zitaten macht der Begriff „Volkspartei“ deutlich, daß es sich bei der NSDAP keinesfalls — nur — um eine Partei für „desorientierte“ und „desintegrierte“ Sektierer handelte. Zur Sozialstruktur der Bevölkerung vgl. Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932.

<sup>22</sup> In seiner Rezension zu Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918—1924. Berlin 1984 begrüßt Eberhard Kolb, daß Winkler mit der „Orientierung an der parlamentarischen Demokratie als Norm“ einen „sachlich angemessenen und legitimen Maßstab zur Bewertung von Verhaltensweisen und Aktivitäten der politischen Kräfte in Weimar-Deutschland“ benutze. Mit diesem Maßstab distanzieren sich Winkler nicht nur von der marxistischen Geschichtsschreibung, sondern „auch von einer Position, die in der nichtmarxistischen Historiographie (noch immer oder bereits wieder) eine erhebliche Rolle spielt und die dadurch gekennzeichnet ist, daß die antidemokratische und antiparlamentarische Grundeinstellung großer Teile des deutschen Bürgertums während der Weimarer Zeit zwar nicht offen gutgeheißen, aber auch

rungen, hinter denen eine subjektive Wertung steht, die den Blick auf die historische Realität auch verstellen kann. So erweckt etwa Brachers Bemerkung, „Kommunisten und Nationalsozialisten gewannen [...] 1932 sogar eine destruktive Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien“<sup>23</sup>, den Eindruck, als hätte es sich bei „allen anderen Parteien“ um eine „konstruktive Minderheit“ gehandelt, die bereit gewesen wäre, die parlamentarische Demokratie zu verteidigen. Doch selbst die Parteien der Weimarer Koalition standen „ihrer“ Republik von Anfang an distanziert gegenüber<sup>24</sup>: Während das Zentrum z.B. in Verfassungsfragen sehr stark nach rechts tendierte und einige Zentrumspolitiker viel lieber eine parlamentarische Monarchie als eine Republik gehabt hätten, schwärmte die linke Sozialdemokratie vom Umbau der „bürgerlichen“ Republik zur „sozialistischen“ Gesellschaft. Aus Protest gegen die Weimarer Verfassung blieb mehr als ein Viertel aller sozialdemokratischen Abgeordneten der Schlußabstimmung in der Nationalversammlung fern, von den Demokraten fehlte ein knappes Fünftel der Fraktion<sup>25</sup>. DVP, DNVP und BVP hatten schon seit der Revolution 1918/19 aus ihren Vorbehalten gegenüber der Weimarer Republik kein Hehl gemacht, und 1932 waren DVP, DNVP und — mit Einschränkungen — auch die BVP bereit, eine Koalition mit der NSDAP einzugehen, was jedoch am „Führungsanspruch“ Hitlers scheiterte, der als Vorsitzender der mit Abstand stärksten Fraktion das Amt des Reichskanzlers für sich

nicht streng kritisiert, sondern [...] mit außerordentlicher Milde beurteilt wird, was ja doch auf eine verdeckte Apologie antidemokratischer, antiparlamentarischer oder autoritärer Tendenzen in der Weimarer Republik hinausläuft“ (Zwischen Parteiräson und politischer Verantwortung — Die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. In: GG 13 [1987], S. 101–116 [hier S. 105 f.]).

<sup>23</sup> Karl Dietrich Bracher: Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifung. In: VfZ 31 (1983), S. 1–24 (hier S. 18).

<sup>24</sup> Vgl. hierzu auch Andreas Dorpalen: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik. In: VfZ 31 (1983), S. 77–107, der sich ausgesprochen kritisch zur SPD äußert, deren „Konzeptionslosigkeit“ ihren Ausdruck in der „Tolerierungspolitik“ gegenüber den Präsidialkabinetten gefunden habe. Zusammenfassend meint Dorpalen: „Wenn man Verantwortlichkeiten zumessen will, so war es die SPD weit mehr als die KPD, die auf der Linken die größere Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trug“ (S. 107).

<sup>25</sup> Zahlen nach Horst Möller: Weimar. Die unvollendete Demokratie (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). Frankfurt am Main 1985 (1990), S. 132.

reklamierte. Wie war es um die demokratische Substanz einer Republik bestellt, die bei der Wahl des Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 nur noch vor der Alternative Hindenburg oder Hitler stand<sup>26</sup>?

Die Bevölkerung jedenfalls hatte den Parteien der Weimarer Koalition bereits bei der Wahl zum ersten Reichstag 1920 eine eindeutige Absage erteilt. Das Fundament der Republik war längst unterhöhlt, bevor die „Massen“ — vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise — die allgemeine Perspektivlosigkeit des „Weimarer Systems“ mit ihrer Stimmenabgabe für NSDAP und KPD quittierten<sup>27</sup>. Dem „Experiment von Weimar“ standen aber keinesfalls „nur ungünstige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen“ entgegen, sondern auch „subjektive Faktoren“ wie die „Erbschaft des Obrigkeitsstaates in den Köpfen von Gegnern und Anhängern der Republik“<sup>28</sup>. Das starke Anschwellen der antirepublikanischen und antidemokratischen Strömungen war nicht nur Indikator, sondern zugleich auch Resultat einer langanhaltenden Krisensituation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Die seit 1918/19 virulente Krise der Weimarer Republik war wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der antiparlamentarischen Kräfte, von denen Hitler es wie kein zweiter verstand, die Ängste und Hoffnungen der Bevölkerung anzusprechen, zu steigern und für sich zu nutzen.

Angesichts der Begeisterungsfähigkeit, die Hitler zu mobilisieren verstand, scheint jedoch fraglich, ob man Hitlers offen proklamierte Ziele als „nihilistisch“ bezeichnen sollte. Wurde die in der historischen Analyse diffus und widersprüchlich anmutende Propaganda und Weltanschauung der Nationalsozialisten nicht vielmehr als radikale Alternative zur konkreten politischen Ausformung des „Weimarer Systems“ begriffen? Vieles spricht jedenfalls dafür, daß Hitlers Erfolg nicht eintrat, obwohl er seine Ziele so offen propagierte, sondern daß er politisch erfolg-

<sup>26</sup> So wie „die Geschichte der Revolution [... als] eine Geschichte ihrer fortschreitenden Zurücknahme“ gesehen wird (Rürup: Probleme der Revolution, S. 50), kann auch die Geschichte der Weimarer Republik insgesamt als fortschreitende Zurücknahme demokratischer und republikanischer Positionen verstanden werden.

<sup>27</sup> Vgl. etwa Horst Möller: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution? In: VfZ 31 (1983), S. 25–51, (hier S. 45): Das Wahlverhalten der Bevölkerung „war nur begrenzt ein Vertrauensvotum für Hitler, in jedem Fall aber ein Mißtrauensvotum gegen den Staat von Weimar“.

<sup>28</sup> Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930. Berlin 1985, S. 9.

reich war, weil er sie so offen und radikal propagierte<sup>29</sup> — auch wenn kaum einer seiner Anhänger oder „Protestwähler“ das rückblickend wahrhaben wollte<sup>30</sup>. Die große Mehrheit der Bevölkerung stellte sich nach 1933 wohl kaum — überwiegend freiwillig — hinter eine Reichsregierung, deren Ziele sie als „nihilistisch“ empfand: Jede Lösung der nationalsozialistischen Bewegung aus ihrem zeitgenössischen Bezugssystem, jedes Ignorieren des Selbstverständnisses ihrer Handlungsträger<sup>31</sup> und vor allem jede Unterschlagung der Rezeption der NS-Propaganda und -Ideologie durch die Bevölkerung führt zwangsläufig zu einer „Enthistorisierung“ eines nur in seiner Komplexität und Widersprüchlichkeit faßbaren Phänomens wie der nationalsozialistischen Bewegung.

Daß das Beziehungsgeflecht zwischen Hitler und der Bevölkerung intensiver erforscht werden müsse, ist eine seit langem wiederholte, mit unterschiedlichen Akzenten begründete Forderung: Hans Bernd Gisevius meinte 1963, man werde „der historischen Erscheinung Adolf Hitlers nicht gerecht, solange man ihn als Einzelwesen schildert. Wenn je einer, dann ist er die Wechselwirkung von Zeit, Umständen und Um-

<sup>29</sup> Vgl. dazu Gotthard Jasper: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder (Dokumentation). In: VfZ 10 (1972), S. 430–453: So spürten z.B. die am Erzberger- und am Rathenau-Mord beteiligten Brüder Tillessen bei Hitler „jenen elementaren Kampfwillen, jene unbedingte Einsatzbereitschaft, die sie bei den Deutschnationalen und erst recht bei der DVP, der 'Partei der Charakterlosen' so vermißten“. Nach Jasper dokumentieren die Briefe der beiden Tillessen-Brüder vom Frühjahr 1921 „in symptomatischer Weise das eigentliche Erfolgsgeheimnis der NSDAP gegenüber den im Zwang zum Kompromiß sich verzehrenden Weimarer Parteien“ (S. 437). Auch nach Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik, S. 80 lag „die Anziehungskraft der NSDAP für weite Kreise der Jugend [...] vor allem in der Radikalität ihrer Forderungen und ihrer spezifisch jugendlichen Haltung“. Zur Rezeption nationalsozialistischer Ideologie vor 1933 vgl. auch Karl Lange: Hitlers unbeachtete Maximen. 'Mein Kampf' und die Öffentlichkeit. Stuttgart 1968.

<sup>30</sup> In diesem Zusammenhang muß klar unterschieden werden zwischen der von weiten Teilen der Bevölkerung noch akzeptierten Radikalität nationalsozialistischer Propaganda und dem, was sich z.B. hinter Umschreibungen wie „Endlösung der Judenfrage“ verbarg.

<sup>31</sup> Zur politischen Programmatik Hitlers vgl. etwa Rainer Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs. Stuttgart 1987 (hier benutzt als Nachdr. der 2. Aufl. Stuttgart 1991). Ob Hitlers Weltbild so konsistent war, wie Zitelmann es darstellt, mag bezweifelt werden; Hitlers Äußerungen waren häufig auf propagandistische Wirkung berechnet und unterlagen damit entsprechenden Akzentverschiebungen.

gebung<sup>32</sup>. Ähnlich äußerte sich Joachim Fest, als er in seiner erstmals 1973 veröffentlichten Hitler-Biographie unterstrich, „daß Hitlers Aufstieg erst möglich wurde durch das einzigartige Zusammentreffen individueller mit allgemeinen Voraussetzungen, durch die schwer entschlüsselbare Korrespondenz, die der Mann mit dieser Zeit und die Zeit mit diesem Mann eingingen“<sup>33</sup>. Stärker sozialpsychologisch ausgerichtet ist die 1978 von Rudolph Binion vorgelegte Untersuchung, in der Binion zu dem Schluß gelangte, „Hitlers unheimliche persönliche Macht über die Deutschen“ sei darauf zurückzuführen, „daß er seine private traumatische Wut mit dem nationalen traumatischen Bedürfnis in Einklang brachte“<sup>34</sup>.

Wurde die Forderung, das Zusammenspiel zwischen „Hitler und seiner Zeit“ zu erforschen, auch häufig gestellt, so hat doch kaum ein Historiker diese Notwendigkeit so nachdrücklich und überzeugend begründet wie Martin Broszat: „Angesichts der Massenbasis, die der Nationalsozialismus schon vor der Übernahme staatlicher Macht besonders bei den Mittelschichten der deutschen Gesellschaft erlangte, stellt sich nicht nur die Frage nach der ideologischen Disponiertheit dieser Schichten für den Nationalsozialismus oder nach der manipulatorischen Kraft nationalsozialistischer Propaganda. Ebenso wichtig ist die Frage nach der realen sozialen Motivation des Nationalsozialismus. Hitler und seine Partei konnten bei aller Geschicklichkeit und Suggestivität ihrer Propaganda die Bedingungen ihrer Massenwirksamkeit nicht freischöpferisch erzeugen“<sup>35</sup>. Zehn Jahre nach dieser Bemerkung sah Broszat noch immer Grund, der Hitler-Forschung vorzuhalten, sie habe „die sozial- und volkpsychologischen Voraussetzungen des Hitler-Kults“ zu wenig berücksichtigt<sup>36</sup>. Da der Erforschung von Mentalitätsstrukturen

<sup>32</sup> Hans Bernd Gisevius: Adolf Hitler. Versuch einer Deutung. München 1963, S. 7.

<sup>33</sup> Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie (2 Bde.). Erster Bd.: Der Aufstieg. (Neuaufll.) Frankfurt/Main 1983, S. 22.

<sup>34</sup> Rudolph Binion: „... daß ihr mich gefunden habt“. Hitler und die Deutschen: eine Psychohistorie. Stuttgart 1978, S. 167.

<sup>35</sup> Martin Broszat: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus. In: VfZ 18 (1970), S. 392–409 (hier S. 393).

<sup>36</sup> Ders.: Zur Einführung: Probleme der Hitler-Forschung. In: Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. Stuttgart 1980, S. 7–15 (hier S. 8); auch abgedruckt in Martin Broszat: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. München 1987, S. 57–67. Zur „Hitler-Forschung“

— „gegenüber der methodisch leichter möglichen, aber oft viel weniger aussagekräftigen Ermittlung 'objektiver' sozioökonomischer Daten“<sup>37</sup> — zu lange zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist zwar „die Bedeutung dessen, was mit den Worten 'Massenbewegung' oder 'Massenmobilisation' umschrieben wird“, so Martin Broszat, „für die Entstehung und Form nationalsozialistischer Herrschaft evident. Aber das soziale Profil dieses Vorgangs entzieht sich noch immer einer einfachen Deutung“<sup>38</sup>. Während inzwischen z.B. die „Deutschland-Berichte der Sopade“<sup>39</sup>, die „Meldungen aus dem Reich“<sup>40</sup> oder die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Bayern in der NS-Zeit“<sup>41</sup> veröffentlicht sind und die Rezeption des Nationalsozialismus nach 1933 ausleuchten<sup>42</sup>, fehlen vergleichbare Untersuchungen zur „Korrespondenz“ zwischen Hitler und der deutschen Bevölkerung vor 1933 noch immer, obwohl gerade sie zum Verständnis des Aufstiegs der NS-Bewegung beitragen könnten.

Hier möchte die vorliegende Studie zum Schließen einer Forschungslücke beitragen und das Beziehungsgeflecht zwischen Hitler und der deutschen Bevölkerung vor 1933 beleuchten. Da wesentliche Schwächen der Weimarer Republik aus ihrer Entstehungsgeschichte resultierten, soll die Untersuchung sich auf den Zeitraum zwischen 1918

vgl. auch Gerhard Schreiber: *Hitler. Interpretationen 1923—1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*. Darmstadt 1988.

<sup>37</sup> Kolb: *Weimarer Republik*, S. 208.

<sup>38</sup> Martin Broszat: *Zur Struktur der NS-Massenbewegung*. In: *VfZ* 31 (1983), S. 52—76 (hier S. 52).

<sup>39</sup> „Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934—1940“. Hg. von Klaus Behnken. Frankfurt am Main 1980.

<sup>40</sup> „Meldungen aus dem Reich 1938—1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS“. Hg. und eingeleitet von Heinz Boberach. Herrsching 1984.

<sup>41</sup> Bei diesem Projekt ging es „darum, das Thema zurückzuholen in die reale, komplizierte, keineswegs einheitliche Erfahrungs- und Wirkungsgeschichte der Hitler-Zeit, und neben den Grenzsituationen 'Widerstand' und 'Verfolgung' die breite Skala gebrochener Verhaltens- und Reaktionsweisen, die oft 'unreine' Mischung von partieller Resistenz und zeitweiliger Anpassung als Realtypen des Verhaltens unter der gleichzeitig suggestiven wie auch einschüchternden Herrschaft des Nationalsozialismus neu zu beschreiben und zu bewerten“ (Martin Broszat/Elke Fröhlich: *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*. München 1987, S. 14).

<sup>42</sup> Auch die im Bundesarchiv Koblenz gesammelten Mitschriften der Reichspressekonferenz (Kopien teilweise in München und Dortmund), sind eine ausgesprochen informative, aber bislang keinesfalls ausgeschöpfte Quelle zur „Stimmungslage“ nach 1933.

und 1923 konzentrieren, auf die stürmischen Anfangsjahre der Republik, die das Scharnier zwischen dem obrigkeitstaatlichen Kaiserreich und der übrigen „Zwischenkriegszeit“ bilden. Die Ergebnisse dieser Studie weisen jedoch über den eigentlichen Untersuchungszeitraum hinaus und tragen auch zum Verständnis des zehn Jahre später besiegelten Endes der Weimarer Republik bei, denn „mentale Strukturen“ und Verhaltensweisen ändern sich nach allen Ergebnissen der Kommunikationsforschung in der Regel nur langfristig<sup>43</sup>. Geht es bei der Diskussion, wie zwangsläufig die Machtübergabe an die Nationalsozialisten nach 1930 war, im wesentlichen um die Frage, ob eine autoritär-reaktionäre Regierung oder „gemäßigte“ Diktatur die Übergabe der Regierungsgewalt an die Nationalsozialisten hätte verhindern können, so geht es in der vorliegenden Untersuchung um die Frage nach den „objektiven“ und „subjektiven“ Faktoren, die zwischen 1918 und 1923 zur Unterhöhlung der parlamentarischen Demokratie beitrugen und dadurch Hitlers Aufstieg überhaupt erst ermöglichten: Wie reagierte die Bevölkerung auf die „objektiven“ Schwächen der Weimarer Republik, und welche „subjektiven“ Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung förderten den Aufstieg antiparlamentarischer Kräfte? Da sich kein demokratisches Gemeinwesen ohne entsprechenden Rückhalt in der Gesellschaft entfalten kann, geht es im Kern um die Frage, welche

<sup>43</sup> Vgl. etwa Michael Kunczik: *Massenkommunikation. Eine Einführung*. Köln 1979, S. 114ff., besonders S. 121. Daß selbst nach mehrjähriger nationalsozialistischer Propaganda ein beträchtlicher Teil der deutschen Bevölkerung hinsichtlich seiner grundlegenden Verhaltensnormen nicht „umgepolt“ war, belegt William S. Allen: *Die deutsche Öffentlichkeit und die 'Reichskristallnacht' — Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich*. In: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*. Hg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke. Wuppertal 1981, S. 397—411, besonders S. 407ff.; auch Eva Reichmann: *Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*. Frankfurt am Main 1956, S. 288 spricht von einem „geringen Tiefgang der antisemitischen Stimmung“ trotz umfassender Propaganda. Andererseits wirkten antisemitische (wie auch antisozialistische und antikommunistische) Einstellungen weit über 1945 hinaus: Als sechs Jahre nach Ende des NS-Regimes 1.200 Bundesbürger über ihre Meinung zur „Wiedergutmachung“ gegenüber Juden befragt wurden, waren 21 Prozent aller Befragten der Meinung, die Juden hätten ihr Schicksal zum Teil selbst verschuldet (vgl. Anna J. Merritt und Richard L. Merritt [Hgg.]: *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949—1955*. Urbana 1980, Report No. 113).

Chancen die Weimarer Republik hatte, sich dauerhaft zu etablieren. Mit der Frage nach Einstellungen und Verhaltensnormen der Bevölkerung begibt sich die Studie auf das methodisch noch weitgehend ungesicherte „Feld der politischen Ideologien und ihrer Auswirkungen auf die 'politische Kultur' von Weimar-Deutschland“<sup>44</sup>.

Zur Beantwortung der Frage nach den „Überlebenschancen“ der Weimarer Republik soll die zeitgenössische Tagespresse als Quelle herangezogen werden, denn diese Quelle ermöglicht es, die „objektiven“ Schwächen der Republik aus der unverstellten Perspektive des zeitgenössischen Beobachters zu betrachten, sie als konstitutiven Teil von „subjektiver“ Alltagserfahrung und Lebenswelt zu begreifen; zugleich bietet die Presseberichterstattung zahlreiche Informationen über Mentalitätsstrukturen, Denkmuster und Verhaltensweisen. Um aus der Informationsfülle der Presse jedoch die Aussagen und Hinweise zu filtern, die in ihrer Summe eine valide Antwort auf die Ausgangsfrage nach den „Überlebenschancen“ von Republik und Demokratie geben können, muß ein Netz konkreter Detailfragen entwickelt werden, dessen Maschen zwar eng genug sind, um alle relevanten Informationen zu erfassen, aber auch weit genug, um angesichts der Unmenge von Detailproblemen nicht die eigentliche Fragestellung aus den Augen zu verlieren. So ließen sich etwa folgende, von der Ausgangsfrage abgeleitete Fragen an das Untersuchungsmaterial stellen: Wie war es in der Gesellschaft um die Akzeptanz von Republik und Demokratie bestellt, und welche Legitimation — im weitesten Sinne dieses Begriffs — sprach die „öffentliche Meinung“ der Weimarer Republik zu<sup>45</sup>? Wie reagierte die

<sup>44</sup> Kolb: Weimarer Republik, S. 152. Zur „politischen Kultur“ vor 1933 vgl. Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus. München 1962 sowie Joachim Petzold: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Köln 1978. Während die Arbeit von Wolf Michael Iwand: Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political-Culture Forschung in der Bundesrepublik. Opladen 1985 stark methodologisch orientiert ist, zeigt Kurt Sontheimer: Deutschlands politische Kultur. München 1990 zahlreiche Kontinuitätslinien aus der Weimarer Republik in die Gegenwart.

<sup>45</sup> Zum Begriff und zur Bedeutung der „öffentlichen Meinung“ vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung — unsere soziale Haut. Frankfurt/Main 1982 sowie dies.: Auf dem Wege zu einer Theorie der öffentlichen Meinung. In: Wege zur Kommunikationsgeschichte. München 1987, S. 167–182. Obwohl die zentrale Bedeutung der „öffentlichen Meinung“ für soziales Verhalten in

Bevölkerung auf die tiefgreifenden Krisen der Weimarer Republik, wie auf die politischen Parteien, insbesondere auf den Rechtsradikalismus und seinen virulenten Antisemitismus? Aus der Antwort auf diese Fragen können Rückschlüsse auf die „Überlebenschancen“ der Weimarer Republik gezogen werden: Die „öffentliche Meinung“ als Ausdruck der Einstellung und Haltung von Gesellschaft und Bevölkerung wird in der vorliegenden Studie als maßgebliche Größe für die innere Stabilität der Weimarer Republik verstanden, von der auch die Erfolgsaussichten antirepublikanischer Propaganda entscheidend abhängen<sup>46</sup>. Wenn die vorliegende Studie herausarbeiten möchte, „aus welchen Strichen der dunkle Punkt in der jüngsten Vergangenheit entstanden ist“<sup>47</sup>, dann ist sie insofern „historisierend“, als sie die Abkehr der Bevölkerung von der Weimarer Republik zunächst nicht nach normativen Werten beurteilt, sondern sich bemüht, diesen Prozeß aus der Perspektive der Zeit nachzuzeichnen.

Da die „Bevölkerung“ keine operationable oder klar definierte wissenschaftliche Kategorie ist, soll ein die wichtigsten gesellschaftspolitischen Strömungen möglichst authentisch spiegelndes „Sample“ von Zeitungen als zeitgemäßes Ausdrucksmittel moderner Massengesellschaften Aufschluß geben über Ansichten, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung<sup>48</sup>: Zeitungen waren zwischen 1918 und 1923 nicht nur

zahlreichen kommunikationswissenschaftlichen Studien empirisch nachgewiesen ist, hat die historische Forschung sich mit der „öffentlichen Meinung“ bisher eher nur am Rande beschäftigt und noch kein methodisch zuverlässiges Instrumentarium zur Erforschung historischer Kommunikationsprozesse entwickelt.

<sup>46</sup> „Die Krisengeschichte der Republik und die Erfolgsgeschichte des Nationalsozialismus verhalten sich komplementär“ (Martin Broszat: *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*. München 1984, S. 8; ähnlich auch Möller: *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 45: „Niederengang der Demokratie und Aufstieg der NS-Bewegung bedingten einander“).

<sup>47</sup> Harry Pross: *Vor und nach Hitler. Zur deutschen Sozialpathologie*. Olten und Freiburg im Breisgau 1962, S. 145.

<sup>48</sup> Die in der Literatur häufig vertretene Ansicht, „eine Darstellung der Rezeptionsgeschichte ist kaum möglich“ (z.B. Walter Hannot: *Die Judenfrage in der katholischen Tagespresse Deutschlands und Österreichs 1923–1933*. Mainz 1990, S. 11), kann in dieser Studie so nicht geteilt werden. Und wenn Gessner: *Das Ende der Weimarer Republik*, S. 73 meint, die „politische Wirkung“ der liberalen Massenmedien lasse sich „bezogen auf die breite Willensbildung in keiner Weise nachweisen“, so muß diese Aussage stark relativiert werden; auch Gessner gelangt zu dem Schluß,

der mit Abstand wichtigste Träger politischer Informationen für ein Millionenpublikum<sup>49</sup>, sondern als historische Quelle lenken sie den Blick zudem von den „großen Staatsaktionen“ auf die vielfältigen Sorgen und Nöte des Alltags, die das politische Handeln des Einzelnen in aller Regel nachhaltiger beeinflussen als parteipolitische Proklamationen oder „Staatsereignisse“. Da die Zeitungen während der Weimarer Republik ihre politische Meinung fast immer sehr deutlich zum Ausdruck brachten, kann in dieser Studie auf die in der Kommunikationsforschung gängige Unterscheidung zwischen „öffentlicher“ und „veröffentlichter Meinung“ verzichtet werden: Die Summe aller in den untersuchten Zeitungen veröffentlichten Meinungen soll als „öffentliche Meinung“ verstanden werden. Bevor jedoch das „Sample“ der zu analysierenden Zeitungen gebildet werden kann und die eigentliche Inhaltsanalyse beginnt, müssen Wert und Problematik von Zeitungen als historische Quelle diskutiert werden. Daran anschließend soll ein für die Fragestellung dieser Studie methodisch adäquates Instrumentarium entwickelt werden.

daß „der hohen bürgerlichen Pressekultur von Weimar [...] eine auffallend geringe politische Wirksamkeit“ entsprach. Daß den demokratischen Blättern nicht die positive Wirkung beschieden war, die sie anstrebten, ist nach den Kriterien der Wirkungsforschung eine eindeutige Aussage. Im übrigen korrespondierte die geringe Überzeugungskraft der demokratischen Presse mit einer ungleich stärkeren Attraktivität rechtsextremer Zeitungen (vgl. etwa Jasper: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, S. 442). Wie in der Wirkungsforschung seit langem üblich, wird man auch bei der Analyse historischer Kommunikationsprozesse nicht von einem einfachen „Stimulus-Response-Modell“ ausgehen können, bei dem die „Botschaft“ genau so rezipiert wurde, wie der „Sender“ es intendierte. Trotz aller methodischen Probleme, die Wirkung historischer Kommunikationsprozesse exakt zu analysieren, gibt es kein Indiz, daß sich diese Prozesse einer Analyse prinzipiell entziehen.

<sup>49</sup> Zur Zeit der Weimarer Republik schwankte die Auflage der Tagespresse zwischen 16 und 20 Millionen Exemplaren (vgl. Norbert Frei: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern. Stuttgart 1980, S. 18f.).

## II

### Methodische Voraussetzungen

#### 1. Zeitungen als historische Quelle

Einblattdrucke und gedruckte Flugschriften fanden mit der Reformation und „frühbürgerlichen Revolution“ eine massenhafte Verbreitung<sup>50</sup>. Im Unterschied zu den gut einhundert Jahre später periodisch veröffentlichten Zeitungen erschienen sie unregelmäßig und zielten auf die Bekanntgabe besonderer Ereignisse<sup>51</sup>. Mit dem wachsenden Informationsbedürfnis und der Verbreitung von Nachrichten als Ware wurden seit dem frühen 17. Jahrhundert die ersten regelmäßig gedruckten Zeitungen verlegt, deren „belehrender Charakter“ für die noch feudalen Strukturen eine „eigentümliche Sprengkraft“ hatte und die zur Entfaltung kapitalistischer Verkehrsformen maßgeblich beitrugen<sup>52</sup>. Trotz al-

<sup>50</sup> Vgl. z.B. Flugschriften der Bauernkriegszeit. Hg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 1975 sowie Karl Schottenloher: Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum. Berlin 1922.

<sup>51</sup> Zur Geschichte der frühen Zeitungen vgl. Kurt Koszyk: Vorläufer der Massenpresse. Ökonomie und Publizistik zwischen Reformation und Französischer Revolution. Öffentliche Kommunikation im Zeitalter des Feudalismus. München 1972 sowie Margot Lindemann: Geschichte der deutschen Presse. Teil I: Deutsche Presse bis 1815 (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik Bd. 5). Berlin 1969.

<sup>52</sup> Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied 1976, S. 34. Auch Kurt Koszyk unterstreicht den antifeudalen Charakter der frühen Zeitungen, wenn er betont, „die gedruckte Publizistik [sei] seit ihren Anfängen eine urbane Erscheinung gewesen“ und man könne „geradezu von einer residenz- oder reichsstädtischen Presse sprechen“ (Probleme einer Sozialgeschichte der öffentlichen Kommunikation. In: Presse und Geschichte. Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung. Hg. von Elger Blümm. München 1977, S. 25–34 [hier S. 25]).

ler Zensurmaßnahmen spielte die gedruckte Presse<sup>53</sup> eine zunehmend wichtiger werdende Rolle bei der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und Öffentlichkeit<sup>54</sup>. Bis ins 20. Jahrhundert hinein war die gedruckte Presse für weite Bevölkerungskreise wichtigster Träger politischer Informationen und bestimmte maßgeblich die Meinungsbildung und Einstellung der Leser. Der Inhalt von Zeitungen und seine Wirkung auf den Rezipienten sind demnach zentrale Kategorien für die sozialgeschichtliche Analyse moderner Massengesellschaften.

Schon im ausgehenden 18. Jahrhundert wiesen einzelne Historiker auf die Bedeutung von Zeitungen als historische Quelle hin<sup>55</sup>, und mit Robert Prutz unterstrich ein namhafter Historiker des deutschen Vormärz deren Wert<sup>56</sup>. Doch erst die Würdigung von Zeitungen als Quelle im „Grundriß der Historik“ von Johann Gustav Droysen<sup>57</sup> veranlaßte die historische Zunft zu einer lebhafteren Diskussion über eine adäquate Nutzung und methodisch korrekte Interpretation gedruckter Periodika,

<sup>53</sup> Unter „gedruckter Presse“ werden im allgemeinen Zeitungen und Zeitschriften verstanden (zur Unterscheidung von Zeitung und Zeitschrift vgl. Lindemann: Deutsche Presse bis 1815, S. 131ff.).

<sup>54</sup> Die zahlreichen Versuche, Zeitungen durch Zensurmaßnahmen zu unterdrücken, sind deutliches Indiz für die von Habermas konstatierte „Sprengkraft“ der Presse. Zur Geschichte von Zensur und Pressefreiheit vgl. Franz Schneider: Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands. Neuwied am Rhein 1966.

<sup>55</sup> Dazu Antoinette Röckeisen: Die Presse als Geschichtsquelle. Diss. phil. München 1951, S. 4ff. Ihren Anspruch, eine „methodische Untermauerung [...] dieser Quellengattung“ zu liefern und ein, wenn auch „noch lückenhaftes, so doch gültiges System zur Auswertung der Presse als Geschichtsquelle zu erarbeiten“ (ebd. Vorwort), konnte Röckeisen nicht einlösen. Die Arbeit referiert lediglich die damals vorliegende Literatur; Ergebnisse der Rezeptions- und Wirkungsforschung bleiben ausgeblendet. Vgl. ergänzend Rudolf Auer: Die moderne Presse als Geschichtsquelle. Ein Versuch. Diss. phil. Wien 1943.

<sup>56</sup> Vgl. Robert E. Prutz: Geschichte des deutschen Journalismus. Erster Theil. Hannover 1845, S. 2: „Indem man die Geschichte eines Volkes zu schreiben unternahm“, meinte Prutz, „schrieb man nicht die Geschichte des Volkes selbst, als vielmehr die Geschichte seiner Könige, seiner Feldherren, seiner Großen und Vornehmen“. Anders als „die Mehrzahl unserer Gelehrten, [...] die um den kleinsten Rest eines alten Pergaments [...] Erd' und Himmel bewegen würden“, sah Prutz in Zeitungen eine weit ergiebiger Quelle. Zu Prutz vgl. auch Werner Spilker: Robert Prutz als Zeitungswissenschaftler. Leipzig 1937.

<sup>57</sup> Johann Gustav Droysen: Grundriß der Historik. Leipzig 1868, S. 14ff.

die für Droysen eine mindestens ebenso hohe Aussagekraft hatten wie die „klassischen“ Quellen: „Was im Mittelalter nur hie und da ein Mönch oder Stadtschreiber (höchst langweilig und flach) tat, wenn er eine Chronik schrieb, [...] das tun heute in unendlich reicherer und umfassenderer Art Tausende von täglich erscheinenden Zeitungen“<sup>58</sup>. Ihren „Durchbruch“ als historische Quelle erzielte die Zeitung 1908<sup>59</sup>, als Martin Spahn auf dem „Internationalen Kongreß für historische Wissenschaften“ in Berlin über „Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten“ referierte<sup>60</sup>: Es sei kaum zu bezweifeln, meinte Spahn, daß die Presse „allen Geschichtsschreibern der jüngsten Geschichte die wertvollste Quelle von allen werden wird. Sie hat Vorzüge, in denen keine Quellengattung mit ihr wetteifern kann. Ihr Nachrichtennetz ist unvergleichlich dicht und fast lückenlos“<sup>61</sup>. Mit ähnlichen Argumenten begründete auch Wilhelm Bauer den Quellenwert der modernen Presse, für deren kritische Analy-

<sup>58</sup> Zitiert nach Johann Gustav Droysen: *Historik*. Bd. 1: *Rekonstruktion der ersten vollständigen Fassung der Vorlesungen (1857)*. *Grundriß der Historik in der ersten handschriftlichen Fassung (1857/1858) und in der letzten gedruckten Fassung (1882)*. Hg. von Peter Leyh. Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 71.

<sup>59</sup> So Röckeisen: *Presse als Geschichtsquelle*, S. 13. Heinz-Dietrich Fischer spricht von einer „Wiederbesinnung auf die Quellenqualität der Zeitung“, die er auf den „Beginn des 20. Jahrhunderts“ datiert (*Die Zeitung als Forschungsproblem*. In: *Deutsche Zeitungen des 17.–20. Jahrhunderts*. Hg. von Hans-Dietrich Fischer. Pullach bei München 1972, S. 11–24 [hier S. 20]). Nach Koszyk: *Probleme einer Sozialgeschichte*, S. 25 hat „die pressegeschichtliche Forschung [bereits ...] im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts“ eingesetzt.

<sup>60</sup> Vgl. Martin Spahn: *Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte und ihre gegenwärtigen Benutzungsmöglichkeiten*. In: *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik (1908)*. Bd. 2, S. 1163–1170 und 1201–1211.

<sup>61</sup> Ebd., S. 1203. Spahn führte die Tatsache, daß Historiker den Quellenwert von Zeitungen lange unterschätzten, auf Heinrich von Treitschke zurück (so auch Fischer: *Zeitung als Forschungsproblem*, S. 20). Treitschke meinte „in einer seiner letzten Vorlesungen über Politik in der Mitte der 90er Jahre spöttisch [...], das holzhaltige Papier der Zeitungen sei längst in Staub zerfallen, ehe ihr Inhalt in den Bereich der geschichtlichen Forschung falle“ (Wilhelm Klutentretter: *Die Zeitung als Geschichtsquelle. Ein Rückblick aus Anlaß des 100. Geburtstags von Martin Spahn*. In: *Publizistik* 20 [1975], S. 802–804 [hier S. 803]).

se ihm allerdings ein Vergleich mit anderen Quellen erforderlich schien<sup>62</sup>.

Während die Historiker lange darüber diskutierten, ob sich Ereignisgeschichte anhand von Zeitungen erforschen lasse, führte Max Weber 1910 auf dem „Ersten Deutschen Soziologentag“ einen neuen Aspekt in die Diskussion ein. Im Rahmen einer geplanten „Enquete über das Zeitungswesen“ ging es ihm vor allem um die Erforschung der Rezeption und Wirkung von Presse<sup>63</sup>. Nur mit Hilfe einer weitgespannten „Soziologie des Zeitungswesens“ ließe sich nach Weber die Wirkung dieses Massenmediums klären<sup>64</sup>. Einen nicht minder wichtigen Impuls erfuhr die wissenschaftliche Analyse von Zeitungen durch die Institutionalisierung von „Zeitungswissenschaft“ bzw. von „Zeitungskunde“ als universitäres Fach<sup>65</sup>. Die neue Disziplin beschäftigte sich zwar nicht vorrangig mit historischen Fragestellungen, aber das Sammeln und Archivieren von Zeitungsbänden erleichterte ebenso die Nutzung dieser Quelle<sup>66</sup>, wie „zeitungswissenschaftliche Analysen der Wirkungszu-

<sup>62</sup> Vgl. Wilhelm Bauer: Die moderne Presse als Geschichtsquelle. In: Zeitungsgeschichtliche Mitteilungen. 4 (1921). Heft 3–6, S. 9–10 (hier S. 9). Hans A[madeus] Münster: Die Zeitung als Quelle der historischen Forschung (Sonderdruck aus: Berliner Monatshefte. Heft 15 [1937], S. 453–475) betonte ebenfalls die Notwendigkeit eines solchen Vergleichs: „Nur durch einen Vergleich mit den anerkannten historischen Zeugnissen können die alten vergilbten Zeitungsblätter uns überhaupt etwas nützen“ (Sonderdruck, S. 10).

<sup>63</sup> Vgl. Max Weber: Geschäftsbericht. In: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.–22. Oktober 1910 in Frankfurt am Main. Hg. von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt am Main 1969, S. 39–62. Weber formulierte 1910 Fragen, die auch heute von der Kommunikationsforschung noch weitgehend unbeantwortet sind: „Was trägt sie [die Presse] zur Prägung des modernen Menschen bei? [...] Wie werden die objektiven überindividuellen Kulturgüter beeinflusst, was [...] wird an Massenglauben, an Massenhoffnungen vernichtet und neu geschaffen [...]?“ (S. 51).

<sup>64</sup> Ebd., S. 52.

<sup>65</sup> Vgl. Rüdiger vom Bruch: Zeitungskunde und Soziologie. Zur Entwicklungsgeschichte der beiden Disziplinen. In: Wege zur Kommunikationsgeschichte. Hg. von Manfred Bobrowsky und Wolfgang R. Langenbucher. München 1987, S. 138–150.

<sup>66</sup> Unverzichtbar für die historische Presseforschung ist immer noch Otto Groth: Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). 4 Bde. Mannheim 1928–1930. Maßstäbe für die noch junge Zeitungswissenschaft setzte – mit unterschiedlichen Akzentuierungen von Auflage zu Auflage – Emil Dovifat: Zeitungslehre. 2 Bde. Leipzig/Berlin 1931ff. Dovifats „normativer Ansatz“, die Betonung der

sammenhänge“ den Historikern erste, systematisch erarbeitete Ergebnisse für weitergehende Fragestellungen boten<sup>67</sup>.

Daß die Ergebnisse und Methoden der jungen Zeitungswissenschaft von der historischen Forschung kaum berücksichtigt wurden, verdeutlichen die eindringlichen Mahnungen, die Wilhelm Mommsen seit 1926 mehrfach wiederholte: „Die Zeitung kann vom Historiker wie jede andere Quelle nur dann benutzt werden, wenn er sich ihrer Eigenart bewußt ist. Ohne Kenntnis der Zeitung, ihrer Entstehung und ihrer Arbeitsweise kann man ihren Quellenwert nur unzulänglich ausnutzen. Es reicht keineswegs, wenn man sich über die politische Richtung einer Zeitung im klaren ist, man muß auch die Einflüsse festzustellen versuchen, die auf die Zeitung wirken“<sup>68</sup>. Da die Presse „eine schwer zu benutzende Quelle“ sei, hielt Mommsen es für „eigentlich bedauerlich, daß die Zeitungen bisher fast ausschließlich in Anfängerarbeiten als Quelle ausgewertet worden sind“<sup>69</sup>. Die fortdauernde Gültigkeit dieser Kritik unterstrich Hans Bohrmann 1987 mit der Bemerkung, noch immer haften „pressehistorischen Untersuchungen fast durchgängig ein dilettantischer Zug“ an<sup>70</sup>. Eine Erklärung, warum die Geschichtswissenschaft sich der historischen Presseforschung bislang nicht stärker angenommen hat, bietet Hagen Schulze: „Die Unterschätzung des Informationsgehalts von Periodika liegt sicher teilweise am höheren wissenschaftlichen Prestigewert unveröffentlichter Quellen, aber auch an der mit der Zeitungslektüre verbundenen zeitraubenden Tätigkeit; wer einmal vierzig Jahrgänge des 'Vorwärts' durchgesehen hat, weiß, wovon hier die Rede ist“<sup>71</sup>.

Bedeutung von Zeitungen als publizistisches Propaganda- und Führungsmittel, ist bereits erkennbar in ders.: *Die Zeitungen*. Gotha 1925.

<sup>67</sup> Dazu Auer: *Die moderne Presse*, S. 22: „Die Geschichtsforschung, die die Einbeziehung der Presse in ihre Untersuchungen vornimmt, wird ohne die Zeitungswissenschaft nicht auskommen“.

<sup>68</sup> Zitiert nach Wilhelm Mommsen: *Die Zeitung als historische Quelle*. In: *Beiträge zur Zeitungswissenschaft*. Münster 1952, S. 165–172 (hier S. 165). Ähnlich auch Münster: *Die Zeitung als Quelle*, S. 6.

<sup>69</sup> Mommsen: *Zeitung als historische Quelle*, S. 172.

<sup>70</sup> Hans Bohrmann: *Methodenprobleme einer Kommunikationsgeschichtsschreibung*. In: *Wege zur Kommunikationsgeschichte*, S. 44–48 (hier S. 46).

<sup>71</sup> Hagen Schulze: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*. Frankfurt/Main 1977, S. 27.

## 2. Kritik und Desiderate

Wie berechtigt Wilhelm Mommsens Forderung nach einem quellenkritischen Umgang mit Zeitungen war, zeigt auch die Lektüre der nach 1945 entstandenen pressehistorischen Arbeiten zur Weimarer Republik und zum Dritten Reich: Über mehr als zwei Jahrzehnte waren Inhaltsanalysen von Zeitungen und Zeitschriften fast ausnahmslos von einer unkritischen Arbeitsweise und einem ausgesprochen apologetischen „Erkenntnisinteresse“ geprägt<sup>72</sup>. Während der „Wiederaufbauphase“ bemühte sich die Presseforschung, insbesondere den Widerstand der „bürgerlichen Presse“ gegen den Nationalsozialismus herauszuarbeiten. Dabei stand weniger die empirische Analyse des gedruckten Materials im Vordergrund, sondern der nur schwer nachweisbare „Widerstand zwischen den Zeilen“, der in aller Regel aus den – vermeintlichen oder realen – Intentionen der Redakteure, Autoren und Herausgeber abgeleitet wurde.

In der Regel ging es in den ersten Jahren nach 1945 bei pressehistorischen Arbeiten zum Nationalsozialismus vorrangig um eine „Rehabilitierung der Altverleger“<sup>73</sup>, die im Kontext der „Wiedergutmachungsprozesse“ um den Nachweis ihres „Widerstandes gegen den Nationalso-

<sup>72</sup> Diese Kritik gilt für nahezu alle vor 1967/68 entstandenen Arbeiten zur deutschen Pressegeschichte zwischen 1918 und 1945 (eine hilfreiche Zusammenstellung publizistikwissenschaftlicher Untersuchungen liefert Volker Spiess: *Verzeichnis deutschsprachiger Hochschulschriften zur Publizistik 1885–1967*. Berlin 1967). Nach 1967/68 haben sich Substanz und Qualität der Arbeiten zum Teil erheblich verbessert. Als positive Beispiele für historische Inhaltsanalysen seien nur Carin Kessemeier: *Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen „Der Angriff“ und „Das Reich“*. Münster (Westf.) 1967 und Werner Becker: *Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918–1924*. Göttingen 1971 erwähnt. Stärker historiographisch ausgerichtet sind die Arbeiten von Bernd Sösemann: *Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten: Theodor Wolff, Ernst Feder, Julius Elbau, Leopold Schwarzschild*. Berlin 1976 und Jürgen Fromme: *Zwischen Anpassung und Bewahrung. Das 'Hamburger Fremdenblatt' im Übergang von der Weimarer Republik zum 'Dritten Reich'*. Eine politisch-historische Analyse. Hamburg 1981.

<sup>73</sup> Unter „Altverleger“ sind die Personen zu verstehen, die bereits im Dritten Reich als Verleger tätig waren. Da die folgenden Ausführungen sich ausschließlich auf die drei westlichen Besatzungszonen sowie auf die frühe Bundesrepublik beziehen, vgl. auch Verena Blaum: *Journalistikwissenschaft in der DDR*. Erlangen 1979, S. 18ff.

zialismus“ bemüht waren<sup>74</sup>, denn während Redakteure, freie Mitarbeiter und Verlagsangestellte der ehemaligen „bürgerlichen Presse“ von den Besatzungsbehörden eine Lizenz zur Fortsetzung ihrer Arbeit erhalten konnten<sup>75</sup>, wurden die „früheren deutschen Zeitungsverleger ungehört und ungeprüft als 'belastet' abgestempelt“, wie in einer auf den Tag genau drei Jahre nach Kriegsende veröffentlichten Schrift ehemaliger Mitarbeiter des Droste-Verlags moniert wurde<sup>76</sup>: Da die Lizenzverweigerung für die „Altverleger“ auf die „Unkenntnis“ der Besatzungsbehörden über die konkreten Verhältnisse unter dem Nationalsozialismus zurückzuführen sei und weil „die Version, daß die alten deutschen Zeitungen Mitläufer, Nutznießer und sogar Förderer des Hitler-Regimes gewesen seien, [...] auch von deutscher Seite aufgenommen und weitergetragen“ worden sei, sollte in dieser Schrift aus dem Droste-Verlag der „geistige Widerstand zwischen den Zeilen“ nachgewiesen werden<sup>77</sup>. Mit den Begriffen „geistiger Widerstand“ und „zwischen den Zei-

<sup>74</sup> Vgl. Frei: *Eroberung der Provinzpresse*, S. 12f.

<sup>75</sup> Zur „Lizenzpresse“ vgl. Heinz-Dietrich Fischer: *Parteien und Presse in Deutschland seit 1945*. Bremen 1971 sowie Kurt Koszyk: *Geschichte der deutschen Presse*. Teil IV: *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949* (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Bd. 10). Berlin 1986.

<sup>76</sup> *Zwischen den Zeilen*. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der deutschen bürgerlichen Presse gegen die Diktatur des Nationalsozialismus. Hg. von Hans Stöcker, Heinz Greeven und Peter Herbrand. Düsseldorf 1948, S. 7.

<sup>77</sup> Ebd., S. 5. Unter fast identischem Titel – und mit vergleichbarer Tendenz – wie die „Droste-Schrift“ erschien eine von Werner Bergengruen eingeleitete Anthologie der bedeutendsten Aufsätze von Rudolf Pechel, dem Herausgeber der *Deutschen Rundschau: Zwischen den Zeilen*. Der Kampf einer Zeitschrift für Freiheit und Recht 1932–1942. Aufsätze von Rudolf Pechel. Wiesentheid 1948. In seiner Einleitung übersah Bergengruen geflissentlich, daß es Rudolf Pechel war, der Hitler die Möglichkeit verschaffte, bereits am 3. Juni 1922 im Berliner „Juniklub“ zu reden (vgl. dazu Volker Mauersberger: *Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1919–1933*. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik. [Studien zur Publizistik. Bd. 16]. Bremen 1971, S. 272ff. sowie S. 333). Kritisch gegenüber Pechel (und Paul Fechter, der zwischen Sommer 1933 und 1939 Mitherausgeber der *Deutschen Rundschau* war) ist auch Jürgen Schröder. Nach Schröder hatten die beiden „konservativen Revolutionäre“ dem Reichskanzler von Papen am 5. Oktober 1932 ein Schreiben unterbreitet, in dem sie eine „Reform der Dichterakademie und [die] Entfernung des untragbaren Heinrich Mann“ forderten (Jürgen Schröder: *Benn in den dreißiger Jahren*. Klaus Ziegler zum Gedenken. In: *Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus*. Hg. von Karl Corino. Hamburg 1980, S. 48–60 [hier S. 56]).

len“ sind die zentralen Prämissen benannt, die vor allem der „bürgerlichen Presse“ den ihr „gebührenden Platz“ in der „Geschichte des deutschen Widerstandes“ sichern sollten<sup>78</sup>. Als Karl-Wolfgang Mirbt die nach Ansicht Werner Bergengruens von Rudolf Pechel und anderen „bis zur Meisterschaft“ entwickelte „Technik der publizistischen Opposition“, die „Camouflage“<sup>79</sup>, in den Mittelpunkt einer Untersuchung über Pechel und die *Deutsche Rundschau* stellte, bemerkte er eher beiläufig, „daß der Begriff 'geistiger Widerstand' in Gefahr sei, verwässert zu werden“<sup>80</sup>, denn gelegentlich werde zu den Zeitungen, die (partiell) opponierten, auch die nationalsozialistische Wochenzeitung *Das Reich* gezählt<sup>81</sup>.

Konsequent ignorierten die „Widerstands-Apologeten“<sup>82</sup>, die gern Beschlagnahmungen oder Verbote einzelner Ausgaben als Beleg für

<sup>78</sup> So die „Droste-Schrift“, S. 5ff.

<sup>79</sup> So Bergengruen in seiner Einleitung zu „Zwischen den Zeilen“, S. 10.

<sup>80</sup> Karl-Wolfgang Mirbt: Methoden publizistischen Widerstands im Dritten Reich. Nachgewiesen an der „Deutschen Rundschau“ Rudolf Pechels. Diss. phil. Berlin 1958, S. 30.

<sup>81</sup> Ebd., S. 32. Vgl. auch ders.: Theorie und Technik der Camouflage. Die „Deutsche Rundschau“ im Dritten Reich als Beispiel publizistischer Opposition unter totalitärer Gewalt. In: Publizistik 9 (1964), S. 3–16. Zur Kritik von Mirbt an Paul Fechter vgl. Sabine Fechter: Paul Fechter. Wege und Formen der Opposition im Dritten Reich. In: Publizistik 9 (1964), S. 17–39; zu Fechter, dem an seinem 75. Geburtstag 1955 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen wurde, vgl. auch die materialreiche Kritik von Harry Pross: Der deutsche Quietismus. Das Exemplarische an der Affäre Fechter. In: Texte und Zeichen 7 (1956), S. 321–333 sowie die Polemik von Günther Cwojdrak: Der Fall Fechter. Eine Streitschrift. Berlin 1955. Die Begriffen wie „Widerstand“ oder „Widerstand zwischen den Zeilen“ immanente Ambivalenz macht Bernd Sösemann: Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 190–206 deutlich, wenn er betont, daß Organe wie die *Deutsche Rundschau* dem NS-Regime „bereits wegen ihrer politisch-kulturellen Distanz nicht ungefährlich“ gewesen seien; allerdings gehöre zu ihrer „Mentalreservation“ aber auch, daß die entsprechenden „Redakteure und Schriftsteller mit ihrer Tätigkeit [...] die ihnen von dem totalitären Regime zugeordnete Alibifunktion erfüllten“ (S. 202).

<sup>82</sup> So z.B. Franz Rappmannsberger: Karl Muth und seine Zeitschrift „Hochland“ als Vorkämpfer für die innere Erneuerung Deutschlands. Diss. phil. München 1952; Oskar Bender: Der „Gerade Weg“ und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur katholischen Widerstandspresse vor 1933. Diss. phil. München 1954; Konrad Ackermann:

„Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ anführten<sup>83</sup>, daß die deutsche Presse nach dem Wunsch des Reichspropagandaministers „moniform im Willen“, aber, dem jeweiligen Leserkreis entsprechend, „polyform in der Ausgestaltung des Willens“ sein sollte<sup>84</sup>: Hinsichtlich der Argumentation, des sprachlichen Niveaus und auch der Themenauswahl nahm Goebbels Unterschiede zwischen den bürgerlichen Blättern und der nationalsozialistischen Presse nicht nur hin, sondern diese Unterschiede waren erklärtes Ziel nationalsozialistischer Presselenkung<sup>85</sup>.

Der Widerstand der Monatsschrift „Hochland“ gegen den Nationalsozialismus. München 1965 sowie Albert F. J. Reichert: Dr. Joseph Eberle als Kritiker der kath. Presse in seiner Wochenschrift „Schönere Zukunft“ 1925–1940. Diss. phil. München 1949. Zur generellen Kritik an den exemplarisch aufgeführten Darstellungen vgl. Peter Eppel: Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift „Schönere Zukunft“ zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934–1938 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs. Bd. 69). Wien 1980.

<sup>83</sup> Für drei Monate „verboten“ wurde am 20. Juli 1935 jedoch sogar der *Stürmer* wegen „eines Angriffs auf den Staatssekretär Lammers“. Ein „Rundruf“ des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) informierte die Presse noch vor dem Erlaß des Verbots, daß über das „Verbot des 'Stürmers' [...] nicht berichtet werden sollte. Wenig später wurde das Verbot jedoch aufgehoben, und die bereits beschlagnahmten Exemplare wurden den Händlern wieder zugestellt (vgl. Sammlung Brammer: BAK, ZSg 101/6, fol. 21–23). Der *SA-Mann* wurde nach Beschwerden der NS-Frauenschaft wegen seiner „Mädchen-Fotos“ im Februar 1939 auf Dauer verboten (ebd., ZSg 101/102, fol. 61). Selbst der von Goebbels herausgegebene *Angriff* wurde auf der Reichspressekonferenz gelegentlich offen gerügt.

<sup>84</sup> So Goebbels anlässlich der Verkündung des Schriftleitergesetzes am 4. Oktober 1933 (vgl. Deutsche Presse 23 [1933], S. 278). In seiner „Rede vor der auswärtigen Presse“ vom 6. April 1934 modifizierte Goebbels diese Formel leicht (vgl. Joseph Goebbels: Vor der Presse. In: Signale der neuen Zeit. 25 ausgewählte Reden von Dr. Joseph Goebbels. München 1934, S. 127–135 [hier S. 133]).

<sup>85</sup> Goebbels' drohende Forderung, die bürgerliche Presse solle endlich ihre „gleichgeschaltete“ Uniformität abstreifen, durchzog die Reichspressekonferenz schon wenige Monate nach der „Machtübernahme“ wie ein roter Faden (vgl. etwa die von Brammer gesammelten Presseanweisungen: BAK, ZSg 101/26, fol. 423, 577, 581; ZSg 101/27, fol. 53, 83; ZSg 101/28, fol. 363ff.; ähnliche Hinweise finden sich in den Sammlungen Traub, Säger und Oberheitmann). Im übrigen wäre es „bei der Machtübernahme von 1933 [...] schon technisch und personell gar nicht möglich gewesen, die demokratische Presse zu zerschlagen und ein Monopol der NS-Kampfpresse zu begründen“ (Helmut Heiber: Joseph Goebbels. München 1988, S. 147). Daß weite Teile der bürgerlichen Presse sich ausgesprochen willfährig „gleichschalten“ ließen, kommentierte Goebbels mit Zynismus: „Wir zwingen sie

Deklarierten die „Widerstands-Apologeten“ und „Protagonisten der inneren Emigration“ die nicht-identische Präsentation tendenziell weitgehend identischer Inhalte bereits als Indiz für abweichende Meinung und Widerstand „zwischen den Zeilen“<sup>86</sup>, so blieben kritische Untersuchungen zur Haltung der deutschen Presse gegenüber antirepublikanischen Strömungen vor 1933 lange ausgeklammert<sup>87</sup>.

Trotz aller Anstrengungen der neueren Pressegeschichtsforschung bleiben viele Desiderate: So fehlen z.B. noch immer grundlegende Studien zur Geschichte einzelner Zeitungen, zur „öffentlichen Meinung“ und vor allem zum Rezeptionsverhalten der Bevölkerung während der Weimarer Republik und des Dritten Reichs. Bislang gibt die Forschung auch noch keine befriedigende Antwort auf die Frage, welche Zeitun-

doch nicht zur Charakterlosigkeit, wir verlangen nicht, daß sie Hurra schreien, wenn ihnen nicht zum Hurra-Schreien zumute ist“ (zitiert nach ebd., S. 148).

<sup>86</sup> Daß es auch in der „bürgerlichen Presse“ Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegeben hat, ist unbestritten, ändert aber nichts an der hier vorgebrachten grundsätzlichen Kritik eines Forschungsansatzes, den z.B. Karl d'Ester als namhafter Publizistikwissenschaftler idealtypisch verkörperte. Gegenüber den relativ unkritischen Ausführungen von Wilhelm Klutentreter: Karl d'Ester und die Zeitungswissenschaft. Zu seinem 100. Geburtstag am 11. Dezember 1981. In: Publizistik 26 (1981), S. 565–574 attestieren Hans Bohrmann und Arnulf Kutsch (Karl d'Ester. [1881–1961]. Anmerkungen aus Anlaß seines 100. Geburtstags. In: Publizistik 26 [1981], S. 575–603) ihm einen „Mangel an Urteilsvermögen, sowohl hinsichtlich seiner personellen Entscheidungen als auch bei politischen Einschätzungen. Es erübrigt sich, [...] die keinesfalls wenigen Sympathiebezeugungen für das NS-Regime aufzuzählen, die d'Ester seit 1933 formuliert[e]“ (ebd., S. 587). Aus Anlaß einer zehnmonatigen Dienstenhebung auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung habe d'Ester, der sich „über die Konsequenz seiner kleineren und größeren Kompromisse in den Jahren seit 1933 nie im klaren gewesen“ sei, versucht, sich „mit zwei fragwürdigen Rechtfertigungsschriften aus dem Jahr 1947 [...] in den Kreis der inneren Resistance gegen das NS-Regime einzuordnen“ (ebd.).

<sup>87</sup> Das veränderte Erkenntnisinteresse korrespondierte nicht zuletzt mit der Entwicklung einer sich bis dahin weitgehend der Hermeneutik verpflichtet fühlenden Geisteswissenschaft zu einer kritischen – empirisch orientierten – historischen Sozialwissenschaft, die ihren Niederschlag auch auf dem Deutschen Historikertag 1972 und in einer Fülle theoretischer Abhandlungen fand. Hier sei nur auf drei innerhalb weniger Jahre erschienene Publikationen verwiesen: Hans-Ulrich Wehler: Geschichte als Historische Sozialwissenschaft. Frankfurt am Main 1973; Winfried Schulze: Soziologie und Geschichtswissenschaft. Einführung in die Probleme der Kooperation beider Wissenschaften. München 1974 sowie Reinhard Rürup (Hg.): Historische Sozialwissenschaft. Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis. Göttingen 1977.

gen Republik und Demokratie mit welchen Argumenten verteidigten und wie sich die Presse gegenüber dem Rechtsradikalismus, dem aufkommenden Nationalsozialismus und Antisemitismus verhielt; dasselbe gilt für die Frage, mit welchen Parolen und Argumenten die republikfeindlichen Kräfte nach 1918 für sich warben und gegen Republik und Demokratie agitierten. Da eine stichprobenartige Überprüfung von drei Zeitungen im Vorfeld der vorliegenden Ausarbeitung ergab, daß sich die Berichterstattung dieser Blätter unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 hinsichtlich ihrer politischen Weltauffassung nicht signifikant veränderte<sup>88</sup>, sondern daß für weite Teile der deutschen Presse auch vor der „Machtergreifung“ ein antidemokratischer und antirepublikanischer Grundton, angereichert mit antijüdischen Ressentiments, charakteristisch war, scheint die Begrenzung der Untersuchung auf die Zeit von 1918 bis 1923 auch unter diesem Gesichtspunkt sinnvoll<sup>89</sup>: Die vergleichende Analyse von Zeitungen unterschiedlichster politischer Richtungen gibt Aufschluß über das öffentliche Meinungsklima und erlaubt Rückschlüsse auf grundlegende Einstellungen der Bevölkerung<sup>90</sup>.

<sup>88</sup> Der von Goebbels herausgegebene *Angriff*, der aus dem Hugenberg-Konzern stammende *Berliner Lokal-Anzeiger* sowie die zur Provinzpresse zählende *Nordfriesische Rundschau* wurden zu dieser Stichprobe herangezogen. Untersucht wurden vom *Angriff* und vom *Lokal-Anzeiger* alle Ausgaben in der Woche vor und nach dem 30. Januar zwischen 1930 und 1939, von der *Nordfriesischen Rundschau* wurde jeweils eine Woche der Jahre 1918 bis 1935 durchgesehen. Daß trotz der bei dieser Stichprobe festgestellten Kontinuitäten der 30. Januar 1933 für viele Zeitungen einen gravierenden Einschnitt markierte, von den Verboten der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse ganz zu schweigen, ist bekannt.

<sup>89</sup> Die ursprünglich geplante Analyse der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1933 (bzw. 1939) scheiterte nicht nur an der Fülle des zu bewältigenden Materials, sondern mehr noch an der Tatsache, daß für die aus pressehistorischen Inhaltsanalysen abzuleitenden Ergebnisse längere Zitate unabdingbar sind, wünschenswerte Vergleichsstudien fehlen und kurze Verweise auf andere Vorarbeiten kaum möglich sind. Auch die Einbeziehung der internationalen Presse scheiterte aus arbeitsökonomischen Gründen.

<sup>90</sup> Daß die Einstellung der Bevölkerung auch für die Geschichtsschreibung ein gewichtiger Faktor ist, betonte Ludwig Dehio bereits 1952: „Längst empfinden wir es ja als dringende Aufgabe, nicht nur die einzelnen Handlungen der Regierenden aus bündereichen Aktenveröffentlichungen aufzuklären, sondern auch die Haltung der Regierten zu erfassen ...: wer will die Bewegungen eines Schiffes begreifen, ohne Wind und Wellen in Rechnung zu stellen!“ (Ludwig Dehio: Gedanken über die deut-

### 3. Die Auswahl politisch repräsentativer Zeitungen

Um das gesamte Spektrum der politischen Öffentlichkeit möglichst repräsentativ zu erfassen, ist von entscheidender Bedeutung, welche Zeitungen zur Analyse herangezogen werden. Wollte man aus den rund 4.000 Tages- und Wochenzeitungen, die während der Weimarer Republik erschienen<sup>91</sup>, eine nach allen wichtigen Kriterien kommunikationswissenschaftlicher Forschung repräsentative Stichprobe ermitteln, müßte man z.B. nicht nur die politische Richtung aller deutschen Zeitungen systematisch erfassen, sondern jede Veränderung ihrer politischen Tendenz wäre ebenso zu berücksichtigen wie mögliche Schwankungen der Auflagenhöhe<sup>92</sup>. Des weiteren wäre die regionale Verteilung der Zeitungen zu beachten, und auch ethnographische und konfessionelle Faktoren wären für die Bildung eines repräsentativen „Samples“ von erheblicher Bedeutung. Aber selbst wenn theoretisch ein für die deutsche Presselandschaft der Weimarer Republik repräsentatives „Sample“ gebildet werden könnte, bliebe immer noch das Problem, daß nur von den wenigsten Zeitungen komplette Sammlungen erhalten sind<sup>93</sup>.

Angesichts dieser Problemlage gilt es, pragmatische Kriterien für die Auswahl des Untersuchungssamples zu finden. Da es der vorliegenden Studie um die politischen Strömungen der deutschen Öffentlichkeit geht und nicht um eine repräsentative Erhebung der deutschen Presse, bei der z.B. die Auflagenhöhe viel stärker gewichtet werden müßte, sollen die Tageszeitungen analysiert werden, die das politische Spektrum

sche Sendung 1900—1918. In: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. München 1955, S. 71—106 [hier S. 74f.].

<sup>91</sup> Oron J. Hale: Presse in der Zwangsjacke 1933—1945. Düsseldorf 1965, S. 11.

<sup>92</sup> Zum generellen Problem, aus einer Vielzahl von Zeitungen ein „Sample“ zu bilden, das dem Anspruch einer „Repräsentativerhebung“ gerecht wird, vgl. Manfred Knoche/Thomas Krüger: Presse im Druckerstreik. Eine Analyse der Berichterstattung zum Tarifkonflikt 1976. Berlin 1978, S. 52ff.

<sup>93</sup> Nach Knoche/Krüger (ebd., S. 53) ist selbst eine repräsentative Stichprobe der rund 120 publizistischen Einheiten der (alten) Bundesrepublik und West-Berlins so gut wie unmöglich. Das vom Institut für Publizistik an der Universität Mainz erarbeitete „Sample“ der westdeutschen Tageszeitungen umfaßt nicht weniger als 64 Titel (vgl. Werner Früh: Inhaltsanalyse. München 1981, S. 131).

möglichst flächendeckend repräsentieren<sup>94</sup>: Der *Völkische Beobachter* war schon vor seiner Übernahme durch die NSDAP im Dezember 1920 als völkisch-antisemitisches Blatt bekannt und gibt Auskunft über Ziele und Propaganda von Völkischen und Nationalsozialisten. Die *Münchener Neuesten Nachrichten* waren 1918/19 zunächst liberal-demokratisch eingestellt, vertraten aber seit 1920 immer stärker national-liberale Positionen<sup>95</sup>. Der *Berliner Lokal-Anzeiger* läßt sich als DNVP-Blatt charakterisieren, das die politischen Interessen des Hugenberg-Konzerns propagierte und gleichzeitig publizistischer Meinungsführer der rechtsgerichteten Lokal- und Heimatblätter Norddeutschlands war. Mit der *Berliner Zeitung am Mittag* ist ein Boulevardblatt ausgewählt worden, das die politischen Grundauffassungen des liberalen Ullstein-Verlags vertrat. Die *Germania* war offizielles Organ des Zentrums und in der Frühphase der Republik „opinion-leader“ für weite Teile der katholischen Presse. Die der DDP nahestehende und journalistisch außerordentlich einflußreiche *Frankfurter Zeitung* deckt das linksliberale Spektrum der Weimarer Republik ab. Der *Vorwärts* gibt als Zentralorgan der SPD Auskunft über die Positionen der nach dem November 1918 zunächst wichtigsten Regierungspartei. Die *Rote Fahne* war Zentralorgan der KPD und erlaubt zugleich Einblicke in den Konflikt zwischen der kommunistischen Bewegung und den „Regierungssozialisten“<sup>96</sup>.

Diese acht Zeitungen decken das *parteilpolitische Spektrum* weitgehend ab und sollen in der vorliegenden Studie als „rekonstruierte Öffentlichkeit“ der frühen Weimarer Republik verstanden werden, obwohl sie für die deutsche Presselandschaft nur bedingt repräsentativ sind<sup>97</sup>: Nach den

<sup>94</sup> Die Beschränkung auf Tageszeitungen soll die Vergleichbarkeit der Berichterstattung gewährleisten; der Vorläufer des *Völkischen Beobachters*, der *Münchener Beobachter*, und die *Rote Fahne* erschienen zunächst nicht als Tageszeitung.

<sup>95</sup> Diese Wende von liberalen Einstellungen zu „nationalen Anschauungen“ ist charakteristisch für die deutsche Presse nach 1918.

<sup>96</sup> Lag die Gesamtauflage aller deutschen Tageszeitungen während der Weimarer Republik zwischen 16 und 20 Millionen Exemplaren (Frei: Eroberung der Provinzpresse, S. 18), so betrug die Gesamtauflage der für diese Studie ausgewählten Zeitungen 1923 knapp 1,2 Millionen Exemplare.

<sup>97</sup> Gegen jedes „Sample“, das den Anspruch erhebt, repräsentativ zu sein, läßt sich eine Fülle von Einwänden vorbringen. So hätte z.B. mit der Analyse der *Deutschen Tageszeitung* oder der *Täglichen Rundschau* ein weiteres völkisch-nationalistisches Blatt berücksichtigt werden können, das im rechtsgerichteten Bürgertum eine meinungsprägende Rolle spielte. Anhand der *Badischen Staatszeitung* hätte sich der süd-

Ergebnissen einer Befragung von 3.689 Zeitungen hatten 1919/1920 fast 83 Prozent aller deutschen Tageszeitungen eine Auflage von weniger als 10.000 Exemplaren, und nur 2,1 Prozent aller deutschen Zeitungen brachten täglich mehr als 50.000 Exemplare auf den Markt<sup>98</sup>. Die „Großstadtresse mit Weltgeltung“, zu der alle in dieser Studie untersuchten Zeitungen mit den gebotenen Einschränkungen zählen, wurde in Deutschland von „nur etwa 6 Millionen“ Menschen gelesen<sup>99</sup>. Bei der Auswertung der vorliegenden Untersuchung wird also zu berücksichtigen sein, daß die „Großstadtresse“ überrepräsentiert ist und daß insbesondere die kleinen Lokal- und Heimatblätter zur politischen Meinungsbildung weiter Bevölkerungskreise maßgeblich beitrugen<sup>100</sup>: Die Leser der Heimatpresse hatten in aller Regel keine weiteren Zeitungen abonniert und bezogen ihre Informationen fast ausschließlich aus Blättern, deren Verleger und Redakteure sie häufig persönlich kannten und denen sie große Glaubwürdigkeit entgegenbrachten<sup>101</sup>. Ein erheblicher

deutsche Liberalismus besser nachzeichnen lassen, und durch die Aufnahme der *Kölnischen Volkszeitung* in das Untersuchungssample wäre auch der rheinische Separatismus stärker berücksichtigt worden. Außerdem hätte die Analyse der *Freiheit* die Politik der Unabhängigen stärker akzentuiert. Und schließlich hätte die zusätzliche Analyse der *Jüdischen Rundschau* oder der *CV-Zeitung* nicht nur weitergehenden Aufschluß über die Einstellung der nach 1918 vom virulenten Antisemitismus bedrohten Bevölkerungsgruppe geben können, sondern auch dazu beigetragen, die Geschichte nicht immer „aus dem Blickwinkel der Verfolger“ zu betrachten (vgl. Monika Richarz [Hg.]: *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*. Stuttgart 1982, S. 7).

<sup>98</sup> Handbuch der Weltpresse 1931, S. 137.

<sup>99</sup> Walter Kaupert: *Die deutsche Tagespresse als Politicum*. (Diss. phil. Heidelberg) Freudenstadt 1932, S. 239.

<sup>100</sup> Vor diesem Hintergrund kritisierte Fromme: *Zwischen Anpassung und Bewahrung*, S. 11 f., daß Sösemann (*Das Ende der Weimarer Republik*) „von der Untersuchung der Provinzpresse mit der Begründung Abstand genommen [... habe], daß über den Untersuchungsrahmen der hauptstädtischen liberal-demokratischen Zeitungspublikationen hinaus keine weiteren Erkenntnisse gewonnen werden könnten“.

<sup>101</sup> Zur Bedeutung der regionalen Presse vgl. Hugo Buschmann: *Die deutsche Lokalpresse*. (Diss. phil. Leipzig) Bielefeld 1922. Nach Manfred Rietschel: *Der Familienbesitz in der deutschen politischen Tagespresse*. Diss. phil. Leipzig 1928, S. 2ff. befand sich die Lokalpresse weitgehend im Besitz von Familien: 1926 waren fast 2.500 Zeitungen oder rund 76 Prozent aller deutschen Tageszeitungen in Familienbesitz. Zum Einfluß dieser Lokalblätter auf die politische Meinungsbildung meint W. Mommsen, er sei „meist größer als der der großen Zeitungen“ (*Zeitung als histori-*

Teil dieser Heimat- und Provinzpresse erhielt seine Meldungen ausschließlich über die rechtsgerichtete Telegraphen-Union<sup>102</sup> und erstellte seine Titelseiten mit Matern aus dem Hugenberg-Konzern<sup>103</sup>. Da die politische Haltung dieser Blätter jedoch weitgehend der des *Berliner Lokal-Anzeigers* entsprach, sind sie in dem dieser Studie zugrundegelegten „Sample“ indirekt enthalten.

sche Quelle, S. 167); ähnlich äußert sich auch Wilhelm Carlé: *Weltanschauung und Presse. Eine Untersuchung an zehn Tages-Zeitungen. Als Beitrag zu einer künftigen Soziologie der Presse. Diss. phil. Frankfurt am Main 1931, S. 61.*

<sup>102</sup> Die zum Hugenberg-Konzern gehörende Telegraphen-Union und deren Tochtergesellschaften belieferten gegen Ende der Weimarer Republik „etwa die Hälfte aller deutschen Zeitungen mit tendenziösem Nachrichtenmaterial“ (Norbert Frei/Johannes Schmitz: *Journalismus im Dritten Reich. München 1989, S. 55).*

<sup>103</sup> Nach Groth: *Die Zeitung. Bd. 1, S. 472, nach Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945, S. 229 und nach Heidrun Holzbach: Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Stuttgart 1981, S. 278 hatten rund 300 Zeitungen den von der (Hugenbergischen) Wirtschaftsstelle der Provinzpresse (Wipro) erstellten Materndienst abonniert. Nach Carlé: *Weltanschauung und Presse, S. 158, Anm. 305 erhielten um 1930 etwa 1.600 Zeitungen Matern von der Wipro.**

### III

## Zur Durchführung der Untersuchung

Die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft hat eine Vielzahl methodischer Verfahren zur Analyse manifester Texte und nicht-manifester Kommunikationsinhalte entwickelt<sup>104</sup>. Gemeinsam ist diesen Verfahren, daß sie „unter einer bestimmten forschungsleitenden Perspektive Komplexität zu reduzieren“ suchen. Der mit dieser Reduktion von (historischer) Komplexität einhergehende Informationsverlust wird nicht als Mangel empfunden, sondern soll „größere strukturelle Zusammenhänge erkennen“ lassen und „Vergleiche auf eine systematische Grundlage“ stellen<sup>105</sup>. Voraussetzung dieser Form von Inhaltsanalysen ist u.a. die strikte Untergliederung von Texten nach einem festgelegten Kategorienschema. Die so ermittelten Textmerkmale werden in aller Regel „quantifiziert“, um Aufschluß über ihre Häufigkeit und die Struktur der Texte zu erhalten. Aus einer übergeordneten Kommunikationstheorie werden anschließend Aussagen über die mögliche Wirkung des analysierten Inhalts abgeleitet<sup>106</sup>. Dieser „Fliegenbeinzählerei“ der empirischen Kommunikationswissenschaft warf insbesondere Siegfried Kracauer vor, sie messe zwar häufig auftretende, aber auch irrelevante Aspekte von Texten, vernachlässige qualitativ wichtigere Gesichtspunkte und werde dem „Ganzheitscharakter von Mitteilungen“ nicht gerecht, da sie einzelne Informationselemente aus ihrem spezifischen Kontext löse<sup>107</sup>. Unbeschadet dieser Kontroverse zwischen den Verfechtern einer vorrangig „quantitativ“ und einer stärker „qualitativ“ (hermeneu-

<sup>104</sup> Klaus Merten: *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis*. Opladen 1983 stellt nicht weniger als 35 inhaltsanalytische Verfahren vor (vgl. ebd., S. 12 sowie S. 115ff.).

<sup>105</sup> Früh: *Inhaltsanalyse*, S. 41f.

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 48f.

<sup>107</sup> Vgl. Siegfried Kracauer: *Für eine qualitative Inhaltsanalyse*. In: *Ästhetik und Kommunikation*. Heft 7 (1972), S. 53–58.

tisch) ausgerichteten Inhaltsanalyse<sup>108</sup> scheint eine „quantitative“ Analyse für die vorliegende Studie kaum praktikabel: Im Zuge einer zweiwöchigen Probe-Codierung von rund 100 Zeitungsartikeln nach einem zuvor festgelegten Kategorienschema<sup>109</sup> stellte sich heraus, daß die für eine „quantitative“ Analyse notwendige Reduktion historischer Komplexität zu einer kaum vertretbaren Nivellierung von Facetten und Nuancierungen der einzelnen Zeitungsbeiträge führt<sup>110</sup>. Da aber gerade das Herausarbeiten von Nuancierungen und Facetten, von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der acht ausgewählten Zeitungen Ziel der vorliegenden Studie ist<sup>111</sup>, lehnt sich die Textanalyse in den folgenden Kapiteln an die Prinzipien einer hermeneutischen Quellenanalyse an,

<sup>108</sup> In der Kommunikationswissenschaft besteht eigentlich Konsens, daß es sich hierbei eher um eine „Scheinkontroverse“ handelt, da qualitative und quantitative Forschungsansätze lediglich methodisch andere Akzente setzen (vgl. etwa Früh: Inhaltsanalyse, S. 36).

<sup>109</sup> Mit dem zugrunde gelegten Kategorienschema ließen sich die Aussagen der Zeitungen zum Thema „Judentum/Antisemitismus“ in knapp 130 Aspekte untergliedern.

<sup>110</sup> Diese für eine Inhaltsanalyse durchaus übliche Erkenntnis wäre im Rahmen einer „klassischen“ Inhaltsanalyse Voraussetzung für die weitere Verfeinerung des Kategoriensystems (vgl. Früh: Inhaltsanalyse, S. 135ff.). Aber schon eine grobe Aufwand/Nutzen-Kalkulation macht deutlich, daß es im Zuge der vorliegenden Untersuchung praktisch unmöglich ist, die theoretisch unendliche Zahl der zur vollständigen Erfassung historischer Realität erforderlichen Kategorien auf eine operationale Größenordnung zu reduzieren, die noch Raum für differenzierende Beobachtung läßt und es den (außenstehenden) Codierern ermöglicht, jede Aussage mit der für eine „quantitative“ Analyse erforderlichen Eindeutigkeit bestimmten Kategorien zuzuordnen. — Die bei Hannot: Die Judenfrage in der katholischen Tagespresse, S. 307 abgedruckten Kategorienblätter enthalten lediglich die für eine „quantitative“ Inhaltsanalyse unbedingt erforderlichen Kategorien. Im übrigen hat Hannot nur einen Teil seines Untersuchungsmaterials „quantitativ“ analysiert und die zahlreichen Begründungen, mit denen er den Einsatz dieses Verfahrens rechtfertigt, signalisieren deutliche Skepsis gegenüber dem quantitativen Instrumentarium (vgl. ebd., S. 12f., 22, 86ff., 258, 281f.). Offen bleibt, wie Hannots Plädoyers für quantitative Verfahren mit seiner Kritik an „einigen Arbeiten“ in Einklang zu bringen ist, denen er vorwirft, es wäre „sinnvoller gewesen“, wenn sie „auf systematisierende Denkschemata und das Aufzeigen von Kontinuitätslinien verzichtet [hätten] zugunsten der Darstellung einer widerspruchsvollen Faktenvielfalt“ (S. 63).

<sup>111</sup> Hierfür sind längere Zitate unumgänglich.

ohne jedoch die Einbindung dieser Teilergebnisse in ein gesamtgesellschaftliches Bezugssystem aus den Augen zu verlieren<sup>112</sup>.

Vor Beginn der Inhaltsanalyse muß aber geklärt werden, auf welche Textelemente einer Zeitung sich eine Untersuchung zu stützen hat, die den Anspruch erhebt, valide Aussagen zur politischen Einstellung einzelner Zeitungen und zum öffentlichen Meinungsklima insgesamt zu machen. Von der Möglichkeit ausgehend, daß z.B. in den Leitartikeln einer beliebigen Zeitung prinzipiell eine andere politische Auffassung vertreten sein könnte als im Lokalteil, würde eine ausschließliche Berücksichtigung der Leitartikel zu ebenso falschen Ergebnissen führen wie eine Beschränkung auf den Lokalteil<sup>113</sup>. Aus diesem Grunde empfiehlt sich eine „Volltextanalyse“, d.h., jede Zeitung wird von der ersten bis zur letzten Zeile — über alle journalistischen Ressortgrenzen hinweg — nach manifesten und nicht-manifesten Aussagen abgefragt, die in einer Beziehung zur Fragestellung dieser Arbeit stehen. Da aber eine „Volltextanalyse“ aller Ausgaben von acht Zeitungen zwischen 1918 und 1923 weder machbar noch sinnvoll scheint<sup>114</sup>, muß eine sinnvolle Einschränkung des zu analysierenden Materials gefunden werden. Um die Anzahl der Zeitungsausgaben zu reduzieren, gibt es mehrere Mög-

<sup>112</sup> Zum Problem der „kritische[n] Aneignung und Umformung des methodischen Instrumentariums benachbarter Sozialwissenschaften für die Bedürfnisse des Historikers“ vgl. Rürup: Historische Sozialwissenschaft, S. 9.

<sup>113</sup> Die Untersuchung hat diese Annahme bestätigt. So setzt sich kaum ein Leitartikel mit Antisemitismus auseinander, während sich im Lokalteil aller Zeitungen dazu zahlreiche Hinweise finden.

<sup>114</sup> Geht man davon aus, daß die zu analysierenden Zeitungen im Durchschnitt zweimal täglich erschienen (die *Frankfurter Zeitung* erschien dreimal täglich, die *BZ* einmal täglich und der *Völkische bzw. Münchener Beobachter* zunächst zweimal wöchentlich, später einmal täglich), dann wären 8 Zeitungen mit 2 Ausgaben an 365 Tagen in 6 Jahren zu analysieren; das entspräche einer Gesamtzahl von rund 35.000 Ausgaben. Bei einem Umfang von durchschnittlich nur 6 angenommenen Seiten beliefe sich das auf insgesamt rund 210.000 Zeitungsseiten. Veranschlagt man nur drei Minuten für das „Diagonal-Lesen“ einer Seite, so beliefe sich die reine Lesezeit allein für die Vorauswahl der zu analysierenden Beiträge auf rund 10.500 Stunden oder 263 Arbeitswochen; bei 47 Arbeitswochen pro Jahr wären das etwas mehr als fünf Jahre und sechs Monate für die Vorauswahl. — Wenn Hannot (*Die Judenfrage in der katholischen Tagespresse*) 20 Zeitungen über zehn Jahre einer Volltextanalyse unterziehen konnte, ist das eine bemerkenswerte Leistung.

lichkeiten: Man könnte z.B. jede x-te Ausgabe analysieren, könnte eine festgelegte Anzahl von Ausgaben nach dem Zufallsprinzip ermitteln oder — eher inhaltlich begründete Kriterien heranziehend — die Ausgaben Ende Dezember/Anfang Januar mit den Jahresrückblicken und den Ausblicken auf das neue Jahr untersuchen. Da jedoch Jahresrückschauen häufig nur die „großen“ Linien politischer Entwicklungen reflektieren und die „kleinen“ Ereignisse, die konkreten Sorgen des Alltags aussparen, wurde für die vorliegende Studie ein anderes Verfahren gewählt: Ein historisch bedeutsames Ereignis soll Jahr für Jahr den Kern einer „Erhebungsphase“ bilden. Innerhalb jeder „Erhebungsphase“ werden alle Ausgaben in der Woche vor und in der Woche nach dem jeweiligen Ereignis untersucht. Dieses Verfahren ermöglicht eine Analyse der „normalen“ Berichterstattung und gibt — vor allem bei unvorhergesehenen Ereignissen — gleichzeitig Aufschluß, wie sich das Ereignis auf die Berichterstattung der jeweiligen Zeitung auswirkte. Als „Stichtage“ der jährlichen „Erhebungsphasen“ werden folgende Ereignisse gewählt<sup>115</sup>:

11. November 1918:	Unterzeichnung des Waffenstillstands
28. Juni 1919:	Unterzeichnung des Versailler Vertragswerks
13. März 1920:	„Kapp-Lüttwitz-Putsch“
26. August 1921:	Ermordung von Matthias Erzberger
24. Juni 1922:	Ermordung von Walther Rathenau
9. November 1923:	„Hitler-Putsch“ <sup>116</sup>

Jede „Erhebungsphase“ bildet ein eigenes Kapitel, das mit einer kurzen „Lesehilfe“ eingeleitet wird, um die Aussagen der Zeitungen besser in

<sup>115</sup> Methodisch ähnlich aufgebaut ist die Untersuchung von Karl-Ludwig Günsche: Phasen der Gleichschaltung. Stichtags-Analysen deutscher Zeitungen 1933—1938. Osnabrück 1970. Im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit untersucht Günsche vor allem Zeitungen aus Köln, wobei er aber nur die Ausgaben des jeweiligen „Stichtags“ berücksichtigt und sich auf den Kommentar konzentriert.

<sup>116</sup> Die Anführungszeichen beim „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ und beim „Hitler-Putsch“ signalisieren, daß diese landläufigen Bezeichnungen in der vorliegenden Arbeit nicht auf uneingeschränkte Zustimmung stoßen. Näheres dazu in den jeweiligen Kapiteln sowie in der abschließenden Zusammenfassung.

den historischen Kontext einordnen zu können. Standardmäßig werden die Zeitungen befragt,

- wie sie sich zu dem Ereignis verhielten,
  - wie sie zu Republik und Demokratie standen,
  - wie sie gegenüber Judentum und Antisemitismus eingestellt waren<sup>117</sup>,
- wobei die Frage nach dem Standpunkt zu Republik und Demokratie die Frage nach der Haltung gegenüber antirepublikanischen und antidemokratischen Kräften impliziert.

Zur Erlangung zusätzlicher Informationen über Strömungen und Stimmungen der öffentlichen Diskussion wird außerdem geprüft, ob einzelne Zeitungen über bestimmte Themen auffallend häufig berichteten oder einzelne Aspekte besonders stark betonten. Wie bei jeder anderen quellenkritischen Interpretation auch, wird man bei der Analyse von Kommunikationsinhalten jedoch nicht davon ausgehen können, daß der Adressat einer Information, einer „message“, diese immer so rezipiert hat, wie der Autor, der „Sender“, es intendierte. Während die Demoskopie, die nach Einstellungen und möglichen Verhaltensweisen fragt, inzwischen über ein sich stets verfeinerndes Instrumentarium verfügt, fällt es der Wirkungsforschung noch immer schwer, valide Aussagen über die Rezeption von Massenkommunikationsmitteln zu machen, da jeder Rezipient alle Aussagen „filtert“, sie in Bezug setzt zu seinem jeweils individuellen Erfahrungshintergrund. Deshalb ist bei jeder Inhaltsanalyse immer wieder zu fragen, wie der Leser die Informationen der Zeitungen vor dem Hintergrund seiner Sozialisation und seines Wertesystems rezipiert haben könnte.

Um die vorliegende Studie nicht mit redundanten Aussagen zu überfrachten, sollen alle wichtigen, sich in verschiedenen Zeitungen wiederholenden Informationen nach Möglichkeit nur einmal zitiert und im Kontext mit der Zeitung diskutiert werden, für die sie die größte Relevanz hatten. Da die Ergiebigkeit der Interpretation von Aussagen in dem Maße steigt, in dem der „Kommunikator“, das politische und ver-

<sup>117</sup> „Unabhängig von den jeweiligen Ursachen, Formen und Funktionen“ wird in dieser Arbeit unter „Antisemitismus“ jegliche Form von Judenfeindschaft verstanden (vgl. Reinhard Rürup: Zur Entwicklung der modernen Antisemitismusforschung. In: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen 1975, S. 115–125 [hier S. 115]).

lagsmäßige Umfeld der Zeitungen, bekannt ist, wird eine kurze Skizzierung der untersuchten Zeitungen der eigentlichen Inhaltsanalyse vorangestellt<sup>118</sup>.

<sup>118</sup> In der vorliegenden Studie werden die einzelnen Zeitungen als „organische Einheit“ verstanden, denn es spielt für die Fragestellung dieser Untersuchung keine entscheidende Rolle, von welchem Redaktionsmitglied ein Beitrag stammte.

## IV

### Die untersuchten Zeitungen, ihre Auflagenhöhe und Leserschaft

#### 1. Der Völkische Beobachter

Das spätere Zentralorgan der NSDAP wurde 1887 als *Münchener Beobachter* vom Druckereibesitzer Johann Naderer gegründet<sup>119</sup>. Dreizehn Jahre später erwarb der Österreicher Franz Eher das wöchentlich erscheinende Lokalblatt und blieb bis zu seinem Tod 1918 Herausgeber der Zeitung, die zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige Abonnenten hatte und fast ausschließlich im Straßenhandel vertrieben wurde<sup>120</sup>. Im Juli/August 1918 gelangte das Blatt in den Besitz von Rudolf Freiherr von Sebottendorf, der wenige Monate zuvor die bayerische Ordensprovinz des Germanenordens (Thule-Gesellschaft) gegründet hatte<sup>121</sup>. Wäh-

<sup>119</sup> Zur Geschichte des *Münchener Beobachters* vgl. Adolf Dresler: *Der Münchener Beobachter 1887–1918*. Würzburg-Aumühle 1940. Zum *Völkischen Beobachter* vgl. vor allem Sonja Noller: *Die Geschichte des Völkischen Beobachters von 1920–1923*. Diss. phil. München 1956 sowie Margarete Plewnia: *Völkischer Beobachter (1887–1945)*. In: *Deutsche Zeitungen*, S. 381–390 und Heinz Hünger: *Aus der Geschichte des „Völkischen Beobachters“*. Vom Vorstadtwochenblatt zur führenden Tageszeitung Deutschlands. In: *Deutsche Presse* 24 (5. Mai 1934), S. 3–6.

<sup>120</sup> Ebd., S. 3. Detaillierte Angaben zu den Eigentumsverhältnissen des *Münchener Beobachters* liefert Paul Hoser: *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934*. Methoden der Pressebeeinflussung. Frankfurt am Main 1990. Teil 1, S. 120ff. — Es dürfte sich um einen Schreibfehler handeln, wenn Hoser (ebd., S. 120) den Übergang des Blattes in den Besitz von Franz Eher auf 1909 (statt 1900) datiert.

<sup>121</sup> Werner Maser: *Die Frühgeschichte der NSDAP*. Frankfurt am Main 1965, S. 146. Nach Hans Volz: *Daten der Geschichte der NSDAP*. Berlin, Leipzig 1943, S. 7 erwarb Sebottendorf das Blatt am 15. August 1918; der aus Hoyerswerda stammende Sebottendorf war „eine schillernde Persönlichkeit und offenbar ein Abenteurer von internationalem Zuschnitt“ (Hans Fenske: *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*. Bad Homburg 1969, S. 53). Aus der Thule-Gesellschaft, dem er-

rend der folgenden zwei Jahre, in denen das extrem antisemitische Blatt wegen zahlreicher Verleumdungs-Prozesse von sich reden machte, wurde es von der Thule-Gesellschaft herausgegeben und avancierte mit einer Auflage von etwa 11.000 Exemplaren zum wichtigsten Publikationsorgan völkischer Extremisten in München.

Am 18. Dezember 1920 klärte das skandalumwitterte Blatt, das seit dem 9. August 1919 mit einem Teil seiner Auflage als *Völkischer Beobachter* erschien<sup>122</sup>, seine Leser über einen erneuten Besitzwechsel auf: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat den 'Völkischen Beobachter' unter schwersten Opfern übernommen, um ihn zur rücksichtslosen Waffe für das Deutschtum auszubauen gegen jede feindliche undeutsche Bestrebung“<sup>123</sup>. Der Kauf des Blattes — und mit ihm des Eher-Verlags — erfolgte vermutlich auf Drängen des völkischen Publizisten Dietrich Eckart, der auch die Hälfte des Kaufpreises organisierte<sup>124</sup>. Da die laufenden Kosten für den Druck nicht allein aus

sten nachrevolutionären „Kristallisationspunkt der völkischen Bewegung in Bayern“ (ebd., S. 54), ging u.a. das zur Bekämpfung der Räterepublik gegründete Freikorps Oberland hervor, das 1920 im Ruhrgebiet eingesetzt wurde und anschließend auch an der Erstürmung des Annabergs beteiligt war. 1922 wurde das Freikorps in Bund Oberland umbenannt; dieser Bund galt als einer der einflußreichsten bayerischen Kampfbünde.

<sup>122</sup> Hoser: *Münchener Tagespresse*, S. 122. Seit dem 3. Januar 1920 erschien die gesamte Auflage als *Völkischer Beobachter*.

<sup>123</sup> *Völkischer Beobachter* vom 18. Dezember 1920.

<sup>124</sup> Vgl. Plewnia: *Völkischer Beobachter*, S. 381f. Neben dem Kaufpreis von 120.000 Papiermark übernahm die NSDAP zusätzlich alte Schulden des Blattes in fast doppelter Höhe. Die 60.000 Mark, die Dietrich Eckart zum Kauf beitrug, sind sehr wahrscheinlich identisch mit den 60.000 Mark, die er über General Ritter von Epp von der Reichswehr als „Darlehn von Person zu Person“ erhielt (Sonja Noller: *Der Völkische Beobachter*. In: Facsimile. Querschnitt durch den Völkischen Beobachter. München 1967, S. 4–13 [hier S. 5]). Zu dieser von der SPD offengelegten Verbindung zwischen Reichswehr und Völkischen in Bayern vgl. auch Margarete Plewnia: *Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart*. Bremen 1970, S. 68. Eine wichtige Rolle beim Erwerb des *Völkischen Beobachters* spielte außerdem der Augsburger Industrielle Gottfried Grandel, der auch das Flugzeug besorgte, mit dem Eckart und Hitler im März 1920 nach Berlin flogen, um am Putsch von Lüttwitz und Kapp teilzunehmen (vgl. Albrecht Tyrell: *Vom 'Trommler' zum 'Führer'. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP*. München 1975, S. 110). Zum Einfluß Eckarts auf Hitlers Weltanschauung vgl. Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 403ff.

den Verkaufserlösen gedeckt werden konnten, wurden die Beiträge der NSDAP-Mitglieder verdoppelt und kleinere Anteilscheine am Verlag an Parteigenossen verkauft<sup>125</sup>. Aufgrund der parteiinternen Machtkämpfe und zahlreicher Parteiaustritte sank die Auflage bis zur „Juli-Krise“ 1921 rapide, stieg aber bei außenpolitischen Krisen und Zuspitzungen der Spannungen zwischen Bayern und dem Reich signifikant<sup>126</sup>. Unter Hitler als unumstrittenem Parteiführer stabilisierte sich die Auflagenhöhe zwar, konnte aber bis Mai 1922 nicht entscheidend gesteigert werden. Die finanziellen Probleme des Eher-Verlags<sup>127</sup> besserten sich demgegenüber dank der resoluten Geschäftspolitik von Max Amann erheblich früher<sup>128</sup>. Neben den Journalisten „aus der alten völkischen Bewegung“ gewann eine Gruppe „nicht fachlich vorgebildete[r] Leute aus dem engeren Kreis um Hitler“ zunehmend Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung, und im Frühjahr 1923 löste Alfred Rosenberg, der „vornehmlich für die rassentheoretischen Beiträge des Blattes“ sorgte, den bisherigen Hauptschriftleiter Dietrich Eckart ab<sup>129</sup>. Da Hauptschriftleitung und

<sup>125</sup> Vgl. Charles F. Sidmann: Die Auflagenkurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus Dezember 1920 – November 1923 (Dokumentation). In: VfZ 13 (1965), S. 112–118. Sidmann meint, die NSDAP habe bis 1940 kein eindeutiges Besitzrecht am *Völkischen Beobachter* gehabt, weil sie einen Teil der übernommenen Schulden nicht abgetragen habe. Auch die Besitzrechte der ehemaligen Gesellschafter (Thule-Gesellschaft) seien bis 1940 von der NSDAP nicht abgegolten worden (ebd., S. 113). Noller: Der Völkische Beobachter, S. 6 betont demgegenüber, daß ein registergerichtlicher Eintrag vom 16. November 1921 Hitler als alleinigen Gesellschafter aufführe.

<sup>126</sup> Sidmann: Auflagenkurve, S. 115.

<sup>127</sup> Gerüchte, denen zufolge die Einrichtung neuer Büroräume für den *Völkischen Beobachter* mit „Tschechenkronen“ bezahlt worden sei, lösten in den völkischen Kreisen Münchens erhebliche Irritationen aus (vgl. Ernst Deuerlein: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Stuttgart 1962, S. 62f.).

<sup>128</sup> Beispiele für die „Sparpolitik“ Amanns bei Noller: Der Völkische Beobachter, S. 9f. Die Konflikte zwischen dem „derben“ Amann und dem „intellektuellen“ Rosenberg waren offenes Geheimnis. Vgl. (Fritz Schmidt:) Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin o.J. [1947], S. 9ff. (zur anonym veröffentlichten Darstellung von Schmidt ist unbedingt Hale: Presse in der Zwangsjacke, S. 332ff. heranzuziehen). Eine lebendige Schilderung des Konflikts Amann/Rosenberg findet sich auch bei Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959, S. 179f.

<sup>129</sup> Plewnia: Völkischer Beobachter, S. 384. Beim Erwerb des Blatts durch die NSDAP fungierte Hansjörg Maurer als Schriftleiter; im Dezember 1920 löste Hugo

Parteileitung im selben Gebäude untergebracht waren, konnte Hitler, wie häufig kolportiert wird, problemlos in die Redaktionsarbeit eingreifen, „um auch die letzte Kleinigkeit auszumerzen, die etwa der Regierung einen Anlaß zum Verbot des 'Beobachters' geben könnte“<sup>130</sup>; von Hitler namentlich gezeichnete Artikel galten als „ein Werbemittel“ für das Blatt<sup>131</sup>. Die Suggestivkraft und Polemik des NS-Organs wurde von keiner anderen Zeitung dieser Studie auch nur annähernd erreicht. Um seiner „nationalen Gesinnung“ Ausdruck zu verleihen, erschien das Blatt bis 1941 in Fraktur-Schrift<sup>132</sup>. Als nach dem Putsch vom November 1923 NSDAP und *Völkischer Beobachter* verboten wurden, gaben Hermann Esser und Philipp Bouhler ersatzweise das Wochenblatt *Der Nationalsozialist* heraus, für dessen Finanzierung unter anderem Vorbestellungen für Hitlers „Mein Kampf“ verkauft wurden<sup>133</sup>.

### Auflagenhöhe und Leserschaft

In Relation zur absoluten Höhe war die Auflage bis 1923 großen Schwankungen unterworfen: Lag sie nach Charles F. Sidmann im De-

Machhaus ihn ab. Mit Hermann Esser übernahm im Mai 1921 ein Parteimitglied diese Funktion. Für die umgehende Absetzung Essers, der im Zuge der „Juli-Krise“ aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, sorgte vermutlich Eckart: Schon „am 28. Juli ging die Leitung des Blattes, zunächst vertretungsweise, ab 12. August offiziell, an Eckart über“ (Plewnia: Auf dem Weg zu Hitler, S. 83).

<sup>130</sup> So Konrad Heiden: Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biographie. Zürich 1936, S. 294. Nach Plewnia: *Völkischer Beobachter*, S. 388, Anm. 28 wurde das Parteiorgan der NSDAP zwischen 1921 und 1933 „18 Mal verboten und hatte einen Erscheinungsausfall von ungefähr 22 Monaten“; Noller: *Der Völkische Beobachter*, S. 10 spricht von 34 Verboten bis 1933.

<sup>131</sup> Nach Plewnia: *Völkischer Beobachter*, S. 384 wurden bis 1922 Artikel mit dem Namen Hitlers gezeichnet; nach Tyrell: *Vom Trommler zum Führer*, S. 16 sowie S. 258 (Anm. 429) ist Hitlers Mitarbeit am *Völkischen Beobachter* aber „nur für die ersten Monate des Jahres 1921 nachweisbar“, als neun mit seinem vollen Namen gezeichnete Beiträge erschienen. Von Ende April bis Anfang Juni 1921 wurden „dann rüde politische Kommentare und Glossen mit dem Signum A.H.“ veröffentlicht, die ebenfalls von Hitler stammen dürften.

<sup>132</sup> Vgl. Plewnia: *Völkischer Beobachter*, S. 386f. Schon im November 1918 hatte sich der *Münchener Beobachter* für die Beibehaltung der Fraktur-Schrift stark gemacht; sie wurde 1941 offiziell abgeschafft.

<sup>133</sup> Ebd., S. 385.

zember 1920 bei etwa 11.000<sup>134</sup>, so wurden im Februar 1921 nicht mehr als 8.000 Exemplare gedruckt. Auf rund 17.000 stieg der Absatz im Dezember 1922, als sich die innenpolitische Situation mit den französischen Reparationsforderungen verschärfte und Mussolinis „Marsch auf Rom“ für zusätzliche Nachfrage sorgte<sup>135</sup>. Seit dem 8. Februar 1923 erschien das bis dahin halbwochentlich herausgegebene Blatt als Tageszeitung und erreichte kurz vor dem Novemberputsch mit ca. 25.000 Exemplaren einen vorläufigen Höhepunkt, der bis 1929 nicht überschritten wurde<sup>136</sup>.

## 2. Die Münchner Neuesten Nachrichten

1848 im „Geburtsjahr der politischen Presse“<sup>137</sup> entstanden, blickten die *Münchner Neuesten Nachrichten* bei ihrer Einstellung am 28. April 1945 auf eine fast einhundertjährige Geschichte zurück<sup>138</sup>: „Als die politischen Wogen [der Märzrevolution] immer höher gingen, druckten ein paar Setzer der Wolfschen Druckerei das Flugblatt 'Das österreichische

<sup>134</sup> Der *Münchener Beobachter* behauptete am 31. Mai 1919, eine Auflage von 20.000 zu haben. Da die Angaben zur Auflage bei allen Zeitungen bis 1933 nur auf freiwilliger Basis erfolgten und kaum überprüfbar sind, soll in dieser Studie auf die Differenzierung zwischen gedruckter und verkaufter Auflage verzichtet werden.

<sup>135</sup> Auf wirtschaftliche Probleme des *Völkischen Beobachters* wies eine von Hitler am 22. Oktober 1922 verfaßte „Denkschrift über den Ausbau der NSDAP“ hin: Bei einer Auflage von 12.000 bis 15.000 Exemplaren sei für die Umstellung auf tägliches Erscheinen ein zu großer Kapitalaufwand erforderlich, der bei der „wirtschaftlichen Entwicklung [...] nicht rentabel“ schien. Selbst das „Durchhalten der Zeitung“ hielt Hitler nur dann für möglich, „wenn es gelingt, ihre Auflagenzahl auf einer Höhe von mindestens 25–30.000 Exemplaren zu erhalten“ (zitiert nach Albrecht Tyrell [Hg.]: Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der 'Kampfzeit' der NSDAP. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf 1969. Dok. 14, S. 47–55 [hier S. 54]).

<sup>136</sup> Vgl. die Grafik bei Sidmann: Auflagenkurve, S. 116 f. sowie Plewnia: *Völkischer Beobachter*, S. 385. Hale: *Presse in der Zwangsjacke*, S. 39 gibt für den November 1923 eine Auflage von 30.000 an.

<sup>137</sup> Schottenloher: *Flugblatt und Zeitung*, S. 380.

<sup>138</sup> Zur Geschichte des Blattes vgl. Kurt A. Holz: *Münchner Neueste Nachrichten (1848–1945)*. In: *Deutsche Zeitungen*, S. 191–207; für die Zeit nach 1914 bringt Hosser: *Münchner Tagespresse*. Teil 1, S. 61f. sowie S. 79ff. zahlreiche Informationen.

Vaterunser' nach und ließen es in den Wirtschaften verkaufen<sup>139</sup>. Da das Blatt einen reißenden Absatz fand, lag der Gedanke nahe, „allabendlich ein solches aktuelles Flugblatt“ zu drucken, das — durch Artikel aus anderen Zeitungen ergänzt — auch zum Postversand angemeldet wurde und seit dem 9. April 1848 unter dem Titel *Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik* erschien<sup>140</sup>. 1862 gingen die *Neuesten Nachrichten*, die bis dahin den Typ einer unpolitischen Nachrichten- und Unterhaltungszeitung verkörperten, in den Besitz des Verlegers Julius Knorr über, der das Blatt „zur führenden Zeitung Süddeutschlands“ ausbaute<sup>141</sup>. 1875 führte das Blatt als erste Zeitung „endloses Papier und eine Rotationsmaschine größten Formats ein, die dann in den 80er Jahren Eingang auch bei anderen größeren Unternehmen fand“<sup>142</sup>. Im Zuge einer spürbaren Verbilligung ihrer Gestehungskosten aufgrund gesunkener Papierpreise und des Einsatzes moderner Technik konnten die *Münchener Neuesten Nachrichten* ihre Auflage bis 1899 kontinuierlich auf 93.000 Exemplare steigern<sup>143</sup>. Während der Verkaufserlös etwa ein Drittel der Betriebsausgaben einbrachte, wurden die restlichen Kosten durch Inse-  
rate abgedeckt<sup>144</sup>.

Wie viele andere Zeitungen auch, so wurden die bis 1918 „treu zur Monarchie“<sup>145</sup> stehenden *Münchener Neuesten Nachrichten* im November 1918 von „Beauftragten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates“ be-

<sup>139</sup> Schottenloher: *Flugblatt und Zeitung*, S. 381f. Vgl. auch Ludwig Salomon: *Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches*. Oldenburg 1906. Bd. 3, S. 619ff.

<sup>140</sup> Heinz Starkulla: *Zur Geschichte der Presse in Bayern. Ein flüchtiges Kapitel weiß-blauer Pressekunde*. In: *ZV und ZV* Nr. 18/19 (1. Juli 1961), S. 784—807 (hier S. 796).

<sup>141</sup> Ebd. Den Namen „*Münchener Neueste Nachrichten*“ erhielt das Blatt erst am 14. Juni 1887; seit diesem Tage erschien es mit einer Morgen- und einer Abendausgabe (Holz: *Münchener Neueste Nachrichten*, S. 196).

<sup>142</sup> Starkulla: *Presse in Bayern*, S. 798.

<sup>143</sup> Vgl. Horst Heenemann: *Die Auflagenhöhen der deutschen Zeitungen. Ihre Entwicklung und ihre Probleme*. Diss. phil. Leipzig 1929, S. 85. Nach Starkulla: *Presse in Bayern*, S. 800 gab es zur Jahrhundertwende keine bayerische Zeitung mit einer höheren Auflage.

<sup>144</sup> Ebd. Der *Berliner Lokal-Anzeiger* konnte einen ähnlich hohen Anteil seiner Kosten aus Werbeeinnahmen decken.

<sup>145</sup> Holz: *Münchener Neueste Nachrichten*, S. 198.